

PROTOKOLL

über die 30. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 14. November 2019, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Wilhelm Hauser

Dr. Helmut Zöttl

Ingrid Weixlberger

STADTRÄTE:

MR Dr. Mario Ritter

KommR Gunter Mayrhofer –
(ohne GR-Mandat)

Mag. Reinhard Kaufmann

GEMEINDERÄTE:

Evelyn Kattnigg, BA (FH)

MMag. Michaela Frech

Pit Freisais

Michaela Greinöcker

Silvia Thurner

Rosa Hieß

Ing. Franz-Michael Hingerl

Josef Holzer

Helga Feller-Höller

Anna-Maria Demmelmayr, MA

Heidemarie Kloiber

David König

Lukas Kronberger

Maria Lindinger, MAS, MSc

Natascha Payrleithner

Uwe Pichler

Mag. Erwin Schuster

Mag. Kurt Prack

Florian Schauer

Birgit Schörkhuber, BEd

Rudolf Schröder

Ing. Thomas Schurz, MSc

Dr. Markus Spöck, MBA

Arno Thummerer

Ursula Voglsam

Anneliese Zimmermann

Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl

Mag. Helmut Lemmerer

Dr. Michael Chvatal

Thomas Schwingshackl, MBA

Mag. Helmut Golda

ENTSCHULDIGT:

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Blasi

Thomas Kaliba

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl

Karin Rodlauer

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSS-
FÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gem. § 54 Abs. 3 StS
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderats-
mitglieder zugestellt.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1) Wa-38/19	Hochwasserschäden 2013 im Vermögen der Stadt Steyr; Katastrophenfonds – Endabrechnung 7
2) Fin-110/19	Nachtragsvoranschlag 2019..... 8
3) GemTour-1/18	OÖ. Tourismusgesetz 2018 – Novellierung der Verordnung für einen Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale..... 12
4) Präs-277/19	Antrag von NEOS und Grünen an den Gemeinderat: Bürgerfragestunde neu für den direkten Dialog mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern..... 13
5) GHJ2-5536/59	Kündigung der Mietverträge betreffend die Räumlichkeiten Berggasse 6 und 8 der Justizanstalt Steyr, Gefangenenhaus. 19
6) KBS-7/19	Kommunalbetriebe Steyr – Ankauf eines Spindelmähers; Ersatzbeschaffung..... 20
7) SBS-137/18	Stadtbus – Änderung der Haustarife per 1.1.2020 21
8) Präs-683/02	Nachträgliche Lifteinbauten in Wohnhäusern - Förderungen 24
9) BauH-81/19	Kirchliche Ensembles in Steyr; Friedhofsverwaltung Steyr, Taborweg 4, Friedhof Sanierung Verwaltungsgebäude, ehem. Totengräberhäusl. 25
10) Abfall-8/16	Reststoffdeponie der Stadt Steyr, Sofortmaßnahmen gemäß Umweltinspektion vom 9. April 2019, 3. Teil Errichtung weiterer. Brunnen und Sonden auf der Deponie 26
11) BauGru-42/17	Flächenwidmungsplan Nr. 3, Änderung Nr. 6 – Hausleitner Straße, Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.3; Beschluss.. 29
12) BauGru-63/17	Abschluss eines Raumordnungsvertrages mit den Ehegatten Gottfried und Brigitte Wieser..... 31
13) Fin-5/19	Caritas Familienhilfe – Leistungsvereinbarung 2020..... 33
14) SH-2/19	Mobile Dienste / HKP, FSBA und HH - Leistungsvereinbarungen 2020 39

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- | | |
|-----------------|---|
| 1) Wa-38/19 | Hochwasserschäden 2013 im Vermögen der Stadt Steyr;
Katastrophenfonds – Endabrechnung |
| 2) Fin-110/19 | Nachtragsvoranschlag 2019 |
| 3) GemTour-1/18 | OÖ. Tourismusgesetz 2018 – Novellierung der Verordnung für
einen Gemeindeguschlag zur Freizeitwohnungspauschale |
| 4) PräS-277/19 | Antrag von NEOS und Grünen an den Gemeinderat;
Bürgerfragestunde neu für den direkten Dialog mit interessier-
ten Bürgerinnen und Bürgern |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

- | | |
|-----------------|---|
| 5) GHJ2-5536/59 | Kündigung der Mietverträge betreffend die Räumlichkeiten
Berggasse 6 und 8 der Justizanstalt Steyr, Gefangenenhaus |
| 6) KBS-7/19 | Kommunalbetriebe Steyr – Ankauf eines Spindelmähers:
Ersatzbeschaffung |
| 7) SBS-137/18 | Stadtbus – Änderung der Haustarife per 1.1.2020 |

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

- | | |
|----------------|--|
| 8) PräS-682/02 | Nachträgliche Lifteinbauten in Wohnhäusern - Förderungen |
|----------------|--|

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

- | | |
|---------------|---|
| 9) BauH-81/19 | Kirchliche Ensembles in Steyr: Friedhofsverwaltung Steyr,
Taborweg 4, Friedhof Sanierung Verwaltungsgebäude, ehem.
Totengräberhäusl |
|---------------|---|

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

- | | |
|-----------------|--|
| 10) Abfall-8/16 | Reststoffdeponie der Stadt Steyr, Sofortmaßnahmen gemäß
Umweltinspektion vom 9. April 2019, 3. Teil Errichtung weiterer
Brunnen und Sonden auf der Deponie |
|-----------------|--|

BERICHTERSTATTER STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

- | | |
|------------------|--|
| 11) BauGru-42/17 | Flächenwidmungsplan Nr.3, Änderung Nr. 6 – Hausleitner
Straße, Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.3;
Beschluss |
| 12) BauGru-63/17 | Abschluss eines Raumordnungsvertrages mit den Ehegatten
Gottfried und Brigitte Wieser |

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

13) Fin-5/19

Caritas Familienhilfe – Leistungsvereinbarung 2020

14) SH-2/19

Mobile Dienste / HKP, FSBA und HH – Leistungsvereinbarungen 2020.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR Rudolf Schröder
GR Josef Holzer

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren, darf herzlich begrüßen zur Gemeinderatsitzung, darf sie damit auch eröffnen. Darf feststellen, wie immer, dass wir ordnungsgemäß einberufen haben, dass wir beschlussfähig sind und als Protokollprüfer wurden der Gemeinderat Rudolf Schröder und der Gemeinderat Josef Holzer bestimmt oder festgelegt. Entschuldigt sind der Gemeinderat Rudolf Blasi, der Stadtrat Dr. Michael Schodermayr aus Krankheitsgründen und der Gemeinderat Thomas Kaliba, aus einem sehr erfreulichen Anlass, der ist nämlich heute in der Nacht Vater geworden und hat ersucht um eine Dispens, weil er als Jungvater vielleicht jetzt die ersten Stunden direkt bleiben kann, bei seiner kleinen Familie. Er ist Vater eines Sohnes geworden. Ich hoffe auch, dass wir, weil der Kollege Kaufmann, dass wir bis 16 Uhr fertig sind, weil dann brauchen wir den Kollegen Kaufmann, der sich pro futura schon entschuldigt hat, ab 16 Uhr ist er bei einem Zertifizierungslehrgang der Oberösterreichischen Umweltreferenten. Aber ich glaube, wir schaffen es bis 16 Uhr. Zumindest ist es mein Bemühen.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Keine vorhanden.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen oder ich komme zu den Mitteilungen des Bürgermeisters in aller Kürze. Erster Punkt: Wir haben uns sehr bemüht und sie bekommen, auch seitens der Stadtbetriebe auf der Ausschau nach umweltschonenderen Transport- beziehungsweise Motorvarianten. Wir haben jetzt mit MAN ein Agreement abgeschlossen, dass wir vom 14.11. bis 25.11. den neuen Diesel Hybrid, also den Hybrid-Bus zur Verfügung gestellt bekommen, um einmal Fahrversuche zu machen, ob das etwas bringt. Die fünf Fahrer, die mit diesem Bus fahren werden, sind schon speziell eingeschult worden. Das ist ja gar nicht so einfach, da ist ein bisschen eine andere Technologie dahinter und für die Zeit vom 7. Jänner bis 8. Jänner stellt uns die MAN einen Gas-Bus, also einen CNG-Bus zur Verfügung, um auch hier einmal zu schauen, ob nicht Gas auch eine Alternative wäre für einen, anstelle eines normalen Verbrennungsmotors. Wir schauen. Gas würde halt bedeuten, wir müssten eine eigene Tankstelle, eigene Versorgungsdinge machen. Aber wie auch immer, das wollte ich ihnen mitteilen, dass wir diese Versuche, beziehungsweise die Stadtbetriebe diese Versuche durchführen. Zweiter Punkt: Gestern, darum erwähne ich es auch und ist eine wichtige Geschichte glaube ich. Wir haben gestern eine kleine Feier gehabt beim Roten Kreuz. 30 Jahre Notarzdienst Steyr. Schon eine große Sache, darum möchte ich es hier auch sagen. Vor allem was

Jene anbelangt, die vor 30 Jahren diesen Notarzdienst initiiert haben, ins Leben gerufen haben. Heute kann man sich ein Leben in unseren Breiten ohne Notarzt gar nicht mehr vorstellen. Und Notarzdienst, mehr als 50.000 Einsatzfälle waren es in der Zwischenzeit, zu bewältigen. Sehr sehr viele Menschen haben diesem System ihr Leben zu verdanken, also denke ich, einen Dank allen Initiatoren von damals aber vor allem jenen Teams, die tagtäglich da für uns im Einsatz sind. Und wenn wir 133 den Notarzt rufen, dann ist er in wenigen Minuten da und wir bekommen professionelle Hilfe. Das wollte ich auch noch sagen. Und Dritter Punkt: Eine Mitteilung, wir haben vor wenigen Tagen die Entscheidung vom Bundesverwaltungsgericht zugestellt bekommen bezüglich Westspange und UVP. Und zur Frage einer Notwendigkeit einer UVP Prüfung für die Westspange hat es eine klare Entscheidung gegeben, und zwar alle Anträge der Gegner wurden abgelehnt und die Entscheidung des Amtes der Landesregierung, wonach keine UVP Prüfung erforderlich ist, vollinhaltlich bestätigt. Das wollte ich auch noch zur Kenntnis bringen. Dann zum Adventprogramm, nur zur Einladung. Ab 22. geht's wieder los, wir sind gut gerüstet, wir haben sehr sehr viele Attraktivitäten, sie wissen das alles. Am 22. die Adventmärkte am Stadtplatz und auf der Promenade, Schmiedeweihnacht diesmal von 6. bis 8. Dezember, eine neue Leitung haben wir für die Kunstaussstellung, Kunsthandwerksausstellung in der Schlossgalerie mit der Beate Seckauer, das Ensemble mit etwas Neuigkeitscharakter. 70 Jahre Christkindlpostamt, Sonderpostamt feiern wir heuer. 2 Millionen Briefe in etwa nach wie vor gehen mit Sonderbriefmarken über dieses Postamt und eine Fülle anderer Auszeichnungen mehr. Letzter Punkt, letzte Information. Wer es nicht schon in der Zeitung gelesen hat, unsere wunderbare Stadtplatzgarage hat den Europaaward bekommen. Das ist ein Preis, der ganz selten verliehen wird. Da muss man spezielle Qualitätskriterien erfüllen in fast allen Bereichen, wie Komfort und Sicherheit. Und die Hanggarage, unsere Stadtplatzgarage ist die erste in Österreich, die mit dieser Auszeichnung bedacht wurde.

Wie immer am Schluss, Arbeitsmarktlage, Wirtschaftslage. Arbeitsmarktlage: im Oktober 2019 waren in unserem Bezirk, also Stadt und Bezirk Steyr 2742 Personen arbeitslos gemeldet. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung um 121 Personen oder 4,23 Prozent. Das heißt, es geht zumindest im Oktober noch ein Stückchen zurück. Arbeitslosenquote im Oktober betrug bei uns 6,2 Prozent. Die ist im Vergleich zum Vormonat ebenfalls wieder um 0,2 Prozent zurückgegangen. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich sogar um 4,2 Prozent.

So, letzte Mitteilung, beziehungsweise ist ja nicht nur eine Mitteilung. Wir haben dann auch eine Fraktionswahl. Mit Schreiben vom 8. November hat mir die Fraktion der Grünen rechtmäßig angezeigt, dass mit Wirksamkeit vom 14.11.2019 Frau Gemeinderätin Lindinger, also Maria Lindinger zur Fraktionsvorsitzenden der Grünen bestellt wird. Das bringe ich nunmehr auch dem Gemeinderat gemäß § 9 Stadtstatut zur Kenntnis. Weiters hat mir die Fraktion der Grünen eine personelle Umbildung ihrer Mitglieder im Bauausschuss und im Verkehrsausschuss, Verkehrs- und Mobilitätsausschuss mitgeteilt, und konkret sieht die Umbildung folgendermaßen aus. Im Bauausschuss soll nun neu als Mitglied der Stadtrat Mag. Reinhard Kaufmann sein, anstelle von Mag. Kurt Prack und als Ersatzmitglied die Gemeinderätin Natascha Payrleithner anstelle von Mag. Kaufmann. Und im Verkehrs- und Mobilitätsausschuss Vorsitzstellvertreter Stadtrat Mag. Reinhard Kaufmann anstelle von Mag. Kurt Prack, als Mitglied Stadtrat Mag. Reinhard Kaufmann anstelle von Mag. Kurt Prack und als Ersatzmitglied Gemeinderätin Maria Lindinger, wie bisher. Ja diese Umbildung in den Ausschüssen hat gemäß § 40 Stadtstatut in Form einer Fraktionswahl zu erfolgen. Das heißt, es sind nur die Grünen stimmberechtigt und bei dieser Wahl ist die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Das werden wir im Kopfrechnen schaffen, so viele Mitglieder sind es nicht. Ich ersuche daher die Mitglieder der Grünen Fraktion um ein Zeichen mit der Hand, wenn sie für diesen Wahlvorschlag stimmen. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Somit sind die Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der Grünen Fraktion ordnungsgemäß gewählt.

Bauausschuss

Mitglied: STR Mag. Reinhard KAUFMANN (anstelle von Mag. Kurt Prack)

Ersatzmitglied: GRin Natascha PAYRLEITHNER (anstelle von Mag. Reinhard Kaufmann)

Verkehrs- und Mobilitätsausschuss

Vorsitz-Stellvertreter: STR Mag. Reinhard KAUFMANN (anstelle von Mag. Kurt Prack)

Mitglied: STR Mag. Reinhard KAUFMANN (anstelle von Mag. Kurt Prack)

Ersatzmitglied: GRin Maria LINDINGER (wie bisher)

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Aktuelle Stunde gibt es keine.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gemäß § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.)

GHJ2P-2/19 Park & Work Parkplatz LZ I, Oberflächenentwässerung.

BauStrP-7/17 Dukartstraße (oberhalb der Stadtplatzgarage), Verlegung von elektrischen Anschlussleitungen; Dringlichkeit gem. § 3 Abs. 2 GOSTS.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates, darum ersuche ich sie.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Und wir treten somit gleich in die Verhandlungsgegenstände ein und ich darf dazu den Vorsitz an den Hrn. Vizebürgermeister Hauser übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dir das Wort für deinen ersten Tagesordnungspunkt.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1) Wa-38/19 Hochwasserschäden 2013 im Vermögen der Stadt Steyr; Katastrophenfonds – Endabrechnung

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bei meinem ersten Punkt geht es um die Endabrechnung der Hochwasserschäden 2013. Das ist schon eine Zeit lang aus, aber wir waren damals sehr froh, dass wir, in dem ja die Stadt sehr sehr große Schäden auch 2013 gehabt hat, auch ansuchen konnten, um Förderung seitens des Landes und des Bundes aus dem Katastrophenfonds. Und auch aus anderen Mitteln der Stadt, des Landes, um hier Zuschüsse zu bekommen. Wir haben sehr viel, also hohe Beträge, um hohe Beträge angesucht. Jetzt fand die Rechnungslegung statt und eine Endrechnung liegt vor. Wir haben im Endeffekt um EUR 54.805,-- schon zu viel an

Förderung bekommen, als wir tatsächlich Schaden oder nachweislichen Schaden gehabt haben und somit haben wir einen Übergenuss von EUR 54.805,--, die wir zurückzahlen sollen und auch werden, und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten vom 03.09.2019 wird der Rückzahlung des Übergenusses aufgrund der Endabrechnung des Katastrophenfonds und Sonderfinanzierung des Landes OÖ in Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe im Juni 2013 zugestimmt. Zum genannten Zweck werden bei der **VSt. 1/612000/722000 „Gemeindestraßen – Rückersätze von Einnahmen“**

Mittel im Ausmaß von EUR 54.805,02 (in Worten: fünfzigviertausendachthundert)

freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHEM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Wer also mit dem Antrag einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Dankeschön. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dem ist nicht der Fall, somit einstimmig angenommen. Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

2) Fin-110/19 Nachtragsvoranschlag 2019.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Tagesordnungspunkt Nachtragsvoranschlag 2019, denke ich, jeder der das gelesen hat kann nur sagen wir sind am richtigen Weg. Wir haben erstmals ja schon im Nachtragsvoranschlag ein kleines Plus auszuweisen. Mit einem Jahresüberschuss von EUR 364.200,-- rechnen wir heute. Wir wissen aber, dass wie immer dann bei Rechnungsabschluss noch bessere Zahlen herauskommen werden. Das lässt sich heute schon sagen. Die genauen Zahlen werden wir dann sehen. Ich glaube wir haben, das zeigt, dass wir gut wirtschaften und entgegen anderer Statistik und anderen Berechnungsmethoden, dass wir sehr gut unterwegs sind. Dass es mehr sein könnte ist überhaupt keine Frage, aber das ist immer so. Vor allem, wenn man dann innerhalb einer Budgetberatung und Verhandlungen und Diskussion dann immer wieder sieht, die enormen Belastungen seitens des Landes auch sieht. Aber ich glaube, beim kleinen können wir durchaus zufrieden sein, wir haben ja grundsätzlich für 2019 im Budget mit einem Minus von EUR 1,35 Millionen gerechnet und sind jetzt schon in der Vorschau bei einem Plus von EUR 364.200,--. Haben uns also bisher schon verbessert um EUR 1,7 Millionen. Die Tendenz passt, im Detail sieht der Nachtragsvoranschlag im ordentlichen Haushalt Einnahmen von EUR 144,372.700,-- vor, was einer Steigerung um EUR 3,47 Millionen entspricht. Und eine massive Steigerung im außerordentlichen Haushalt, da haben wir die Vorfinanzierung des Innerbergerstadls im Endeffekt schon voll ausfinanziert. Da steigt der außerordentliche Haushalt um fast EUR 7 Millionen auf insgesamt EUR 21,3 Millionen. Ja das sind die Zahlen. Ich glaube die können sich sehen lassen und wir werden auch in diese Richtung weiterarbeiten. Und wie gesagt, die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass der Rechnungsabschluss dann für das Rechnungsjahr 2019 noch deutlich besser ausfallen wird wie jetzt der Nachtragsvoranschlag. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 13. Dezember 2018, Fin-100/2018, womit der Voranschlag 2019 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2019 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von € 140.901.700 auf	€	144.372.700
die Gesamtausgaben von € 140.901.700 auf	€	144.372.700
somit ausgeglichen	€	<u>0</u>

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von € 14.330.100 auf	€	21.281.600
die Gesamtausgaben von € 14.330.100 auf	€	21.281.600
somit ausgeglichen	€	<u>0</u>

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 13. Dezember 2018 betreffend den Voranschlag für das Jahr 2019 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Zu Wort gemeldet als erster, der Kollege Freisais. In Vorbereitung der Kollege König bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, der Nachtragsvoranschlag liegt am Tisch. Ich habe mir wieder die Kennzahlen, wie zu allen Voranschlägen, Rechnungsabschlüssen, Nachtragsvoranschlägen etc. angeschaut, und sie haben sich leider im Vergleich zum Voranschlag doch deutlich eingetrübt. Und das sehe nicht nur ich so oder das Zentrum für Verwaltungsforschung, sondern auch die IKD Oberösterreich. Da war erst vor kurzem ein Zeitungsartikel, der Steyr als eines der Schlusslichter in punkto Finanzkraft in Oberösterreich sieht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Finanzkraft nicht! (*Allgemeines Durcheinander*) Finanzspitze ist ganz etwas anderes.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Finanzspitze, Bonität ist eines der Schlusslichter.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Aber nicht Finanzkraft.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Und natürlich kann man jetzt sagen, Steyr hat trotz allem keine Probleme, sich mit Finanzmitteln einzudecken. Der Finanzmarkt gibt das her. Das stimmt auch. Aktuell zu sehr attraktiven Konditionen. Allerdings muss man auch sehen, dass halt insgesamt die Rahmenbedingungen aktuell extrem positiv für die Stadt sind. Also jetzt nicht, weil die Stadt so extrem gut dasteht, sondern weil einfach momentan die Situation auf den Finanzmärkten so ist, wie sie bisher in der Geschichte überhaupt noch nicht waren. Sogar jetzt, salopp gesagt, Bankrottstaaten wie Griechenland haben momentan keine Probleme, sich mit Krediten einzudecken und dementsprechend schaut es natürlich auch für Steyr sehr positiv aus. Das Problem, oder die Frage, das jetzt ist, ist natürlich, wie schaut es aus, wenn irgendwann einmal die positiven Rahmenbedingungen wegbrechen und dementsprechend ist es natürlich notwendig, dass wir eben an den Kennzahlen, das was ich so zu sagen immer wieder einfordere, arbeiten und schauen dass wir da in eine möglichst positive Richtung kommen. Der Nachtragsvoranschlag leistet das aktuell leider nicht. Und ja, ein weiterer Punkt, der

mich persönlich stört ist eben eh der außerordentliche Haushalt. Das ist bereits angesprochen worden. Jedes Jahr, wenn man die letzten Jahre zurück schaut, tauchen da immer wieder Millionenbeträge auf. Jetzt abgesehen von den Überträgen, die wir beschlossen haben im März die so im Voranschlag nicht drinnen waren. Und aus meiner Sicht gerade weil sich das eben Jahr für Jahr so durchzieht, wäre es angebracht, dass man das im Voranschlag schon irgendwie abbildet, dass es da eben solche Investitionen gibt, ganz vom Himmel fallen tun die nicht. Ja, im Sinne der Planbarkeit und Transparenz wäre es aus meiner Sicht notwendig, sozusagen nachzujustieren an dieser Stellschraube. Ja, insgesamt wie gesagt die Kennzahlen haben sich leider eingetrübt und dementsprechend bekommt der Nachtragsvoranschlag meine Zustimmung nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHEM HAUSER:

Dankeschön. Herr Kollege König bitte, in Vorbereitung der Kollege Schauer.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ein Überschuss von EUR 364.200,-- im Nachtragsvoranschlag hört sich erstmals ganz gut an. Aber man muss auch bedenken, dass der Gesamtschuldenstand der Stadt abermals steigt und das ist nur ein schwaches Trostpflaster hinsichtlich dem. Weil wenn man da jetzt schaut, Darlehensstand per Ende 2019 sind wir da bei EUR 70.180.800,--. Und der anfängliche Stand 2019 laut Rechnungsabschluss 2018 war EUR 62.565.700,--. Ja, es ist auch absehbar, angesichts der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, wo sehr viele Arbeitsplätze, vor allem auch im Automobilbereich schon verloren gegangen sind, dass das logischer Weise die Wirtschaftsentwicklung auch auf Österreich überschwappen kann. Wir haben eine sehr gute wirtschaftliche Zeit gehabt und haben eigentlich den Schuldenstand immer erhöht. Und das ist halt dann die Frage, was machen wir denn jetzt dann wirklich, wenn die wirtschaftliche Lage dann einmal schlecht wird. Es gibt da verschiedene Ansätze, z.B. die Goldene Regel habe ich schon einmal gehört. Dass man z.B. dann hergeht und in Zeiten wo die wirtschaftliche Zeit schlecht ist, Investitionen vorzieht und dann tätigt. Aber ich frage mich dann, wie man das dann machen will, wenn man eigentlich in den Zeiten, wo es jetzt gut läuft, keine Rücklagen gebildet hat in dem Sinn, und der Schuldenberg immer mehr geworden ist. Ja, was gibt es noch zu sagen? Die Mindestsicherung, die Ausgaben für die Mindestsicherung haben sich verringert um EUR 800.000,--. Das ist der refundierten Mindestsicherung in Oberösterreich geschuldet. Und ist jetzt auf einen Stand von EUR 3,2 Millionen. Das sind 20 Prozent weniger. Ja, es ist halt, es kommt jetzt eine Änderung in der Kameralistik, in der Darstellung. Es kommt dann eine dritte Komponente dazu. Statt der Topik, der zweigeteilten Darstellung, kommt dann eine dritte Komponente, wo man dann Vermögen auch bewertet. Und ich befürchte halt, im Zuge der Umsetzung der VRV 2015, dass der Schuldenstand am Ende noch höher ausfällt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, Kollege Schauer bitte.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher. Klar, die Konjunkturlage hat uns in diesem Fall auch heuer wieder in die Hände gespielt. Wir haben mehr Einnahmen, wir haben auch eine höhere Gewinnentnahme zustande gebracht, weil auch die KBS sehr gut gewirtschaftet hat und ein gutes Ergebnis präsentieren konnte. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bedanken bei allen Verantwortlichen in der KBS, die mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Ergebnis auch zu Stande gebracht haben. Kollege Freisais, selbstverständlich ist nicht alles rosig. Ja, nur muss man sagen, im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss wird auch dementsprechend immer wieder diskutiert, in welche Richtung entwickelt sich unser Haushalt, was wird investiert? Was können wir uns leisten? Welche Budgetschwerpunkte setzen wir uns? Und da muss man sagen, wir haben auch klare Werte geschaffen. Und wenn man das jetzt, ich will jetzt nicht alles aufzählen, aber wenn man die Periode anschaut oder auch die letzte Periode, es ist sehr viel geschaffen

worden, das man in diese Bewertung durchaus miteinbeziehen kann. In Richtung Rechnungsabschluss gesehen muss man sagen, wir haben stabile Finanzen und das in Zeiten guter Konjunkturlage. Wir haben aber auch die Rücklagen, dass wir entsprechende Eintrübungen in der Konjunktur durchaus durchtragen können. Das gehört auch einmal gesagt an dieser Stelle. Insofern möchte ich mich bedanken, auch beim Finanzdirektor, für die umsichtige Finanzplanung in den letzten Jahren und natürlich auch für heuer. Herzlichen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Schlusswort in aller Kürze. Also, wer behauptet, dass wir die letzten Jahre immer nur Schulden erhöht haben, der war offensichtlich nie im Gemeinderat bei Budgetsitzungen. Der hat auch keine Budgets gelesen. Wir haben die letzten Jahre Schulden abgebaut, und nicht unbeträchtlich. Wir erhöhen jetzt kurzfristig Schulden in diesem Jahr, weil wir die Vorfinanzierung für die Landesausstellung machen. Was da schlecht sein soll, weiß ich nicht. Aber das nur zur Berichtigung, und generell also diese fast stupide Diskussion oder dieses Mantra „die Schulden, die Schulden, die Schulden“. Wer wirklich glaubt, dass ein Haushalt nur dann gut ist und gut erstellt ist, wenn bei den Schulden Null steht, der ist offensichtlich nicht wirklich wirtschaftlich versiert. Weil wenn ich ein so großes Gebilde wie einen Stadthaushalt führe, mit Großinvestitionen die über Generationen gehen, und dann glaube ich, alles ich kann nur das machen was ich gleich bezahlen kann dann bin ich einfach irgendwo intellektuell nicht in der Lage das zu behirnen wie das funktionieren kann. Das geht ja gar nicht. Das geht ja gar nicht. Und wenn ich dann sage das ist nicht zu finanzieren natürlich ist das zu finanzieren, denn logischer Weise profitiert auch die Stadt Steyr so wie ganz Europa und die ganze Welt momentan von den niedrigen Zinsen. Ich habe auch noch nie gehört, dass das morgen aufhören soll, ganz im Gegenteil. Die Banker jammern, dass das noch 5 oder 10 Jahre so weiter gehen wird. Und glauben sie mir, wir können auch mit höheren Zinsen unsere Schulden bedienen und zwar locker. Weil das ja nicht dazugesagt wird. Ja gut, der Kollege Schauer hat es dann kurz gesagt. Wir haben EUR 11 Millionen Rücklagen. EUR 11 Millionen. Was ist da das Problem? Wo ist diese Bonitätsgeschichte, wir haben keine Bonität? Wir bekommen nicht nur deswegen gute Zinsen, weil wir solide Finanzen haben, sondern weil auch die Finanzkraft dementsprechend ist. Und wie gesagt, nochmal dieses ewige, da ist jetzt eine Million mehr und dann ist eine Million weniger und was tun wir denn? Es ist eh gesagt worden, wir haben Werte geschaffen, wir haben keine einzige Investition in den letzten 10 Jahren gemacht, die irgendwas war, ein Luftschloss war, wo nicht dann wirklich auch Betongeld dahinter steht. Ist Betongold. Und Werte, die da sind, die man gegenrechnen kann. Man wird es ja auch dann beim Budget auch sehen. Bei der neuen Form der Budgeterstellung. Ja, wir investieren in die Zukunft und wir haben jahrelang Schulden abgebaut. Und wir sind jetzt bei einem Maß, was absolut verträglich ist, und was wir locker finanzieren können. Und wie gesagt, einen Nachtragsvoranschlag, der ein Plus ausweist jetzt schon, da noch zu sagen, um Gottes Willen die Parameter haben sich verschlechtert, da verstehe ich die Welt nicht, oder den halt nicht, der das feststellt. In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, Schlusswort wurde gehört. Der Antrag wurde gehört. Wer mit dem Nachtragsvoranschlag einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Eine Gegenstimme! Wer übt Stimmenthaltung? Mit einer Gegenstimme und somit mehrheitlich angenommen. Danke. Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **32**

SPÖ 13 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, GR Erwin Schuster, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann, GR Rudolf Schröder, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR Arno Thummerer, StR MR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, GR Uwe Pichler, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker)

GRÜNE 4 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **0**

3) GemTour-1/18 OÖ. Tourismusgesetz 2018 – Novellierung der Verordnung für einen Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Tagesordnungspunkt, eine Novelle zum Tourismusgesetz 2018. Die Novelle war notwendig, weil das Land als die Stelle, die dieses Tourismusgesetz in Kraft gesetzt hat, vergessen hat, Klarstellungen im Gesetzestext zu machen, was die Familienangehörigen anbelangt. Dass die selbstverständlich, wenn sie in diesen Häusern sind, keine Tourismusabgabe zu begleichen haben. Diese Fehler haben sie jetzt nachgeholt, wir sollen das auch in unsere Verordnung übernehmen, damit die Diskussionen aufhören. Der große Wirbel bei uns in der Finanz- beziehungsweise Steuerabteilung ist ja schon vorbei. Weil alle die, die sich betroffen gefühlt haben und gemeint haben, was ist denn das jetzt auf einmal, muss ich jetzt Steuern zahlen, weil mein Sohn in meinem Haus wohnt und dort Hauptwohnsitz hat? Das ist damit aus, ist im Endeffekt auch schon abgeklungen, ist alles schon geklärt. Jetzt werden wir auch den Gesetzestext noch nachliefern beziehungsweise das Land liefert nach. Und wir beschließen oder sollen diese Novelle selbstverständlich auch beschließen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 02. September 2019 wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der **Verordnung für einen Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale** gem. § 57 des Oö. Tourismusgesetz 2018 genehmigt.

Die Verordnung tritt rückwirkend mit 1.1.2019 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

VERORDNUNG über einen Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale

beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Die **Verordnung über einen Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale** der Stadt Steyr, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 13. Dezember 2018, GemTOUR-1/2018, wird wie folgt geändert:

Artikel I

§ 2 Abs. 3 hat zu lauten:

(3) Nicht als Freizeitwohnung gilt eine Wohnung, wenn seit mindestens fünf Jahren auf demselben Grundstück

1. zumindest eine Person durchgehend mit Hauptwohnsitz wohnt,
2. keine Wohnung als Gästeunterkunft verwendet wird und
3. nicht Personen wohnen, die keine nahen Angehörigen im Sinn des § 2 Abs. 7 Oö. Grundverkehrsgesetz 1994 sind.

Ein Hauptwohnsitz ist nicht erforderlich, solange dieser aus gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen aufgegeben werden muss.

§ 2 Abs. 3a hat zu lauten:

(3a) Nicht als Freizeitwohnungen gelten überdies Wohnungen, die nicht vermietet sind und im Eigentum einer gemeinnützigen Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigung oder eines Unternehmens, dessen Betriebsgegenstand die Schaffung von Wohnraum ist, stehen.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt rückwirkend am 1. Jänner 2019 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

Der Bürgermeister:

Gerald Hackl

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, der Antrag wurde gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dem ist nicht der Fall, somit einstimmig angenommen. Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

4) Präs-277/19 Antrag von NEOS und Grünen an den Gemeinderat: Bürgerfragestunde neu für den direkten Dialog mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es gibt einen Antrag betreffend der Bürgerfragestunde, eingebracht von den Grünen und vom Kollegen Freisais. Es gibt gleichzeitig dazu einen Abänderungsantrag, der dem Kollegium vorliegt. Und wenn es ihnen Recht ist, dann werden wir das in einem diskutieren. Im Antrag der Grünen und des Pit Freisais, beziehungsweise der Neos, geht es darum, dass wir die Bürgerfragestunde in zwei Punkten ändern sollen beziehungsweise unsere Richtlinien

dazu. Darf Vorlesen. Punkt eins: Bevor die Frage vorgetragen wird, ist es dem Fragesteller 3 Minuten lang gestattet, sein Anliegen beziehungsweise seine Beweggründe zur Frage zu erklären. Punkt zwei: Jede im Gemeinderat vertretende Partei kann freiwillig im Anschluss an die Beantwortung der Frage beziehungsweise der möglichen Zusatzfrage ein maximal 2-minütiges Statement zum Sachverhalt abgeben. Die Begründung, glaube ich, wirst du dann in deiner Wortmeldung ohnehin bringen, brauche ich jetzt dann nicht vorlesen. Oder möchten sie die Begründung jetzt, sonst lese ich sie vor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgerfragestunde wird um folgende zwei Punkte erweitert:

1. Bevor die Frage vorgetragen wird, ist es dem Fragesteller drei Minuten lang gestattet, sein Anliegen bzw. seine Beweggründe zur Frage zu erklären.
2. Jede im Gemeinderat vertretene Partei kann freiwillig im Anschluss an die Beantwortung der Frage bzw. der möglichen Zusatzfrage, ein maximal zweiminütiges Statement zum Sachverhalt abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Hat eh ein jeder bekommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja. Der Abänderungsantrag sieht vor, dass die Frage 1 im Endeffekt, sprich dass der Fragesteller in der Bürgerfragestunde drei Minuten seine Anliegen, seine Beweggründe maximal erklären kann. Dass dem Folge geleistet wird, dass das eine Mehrheit hätte. So lautet dieser Antrag. Der zweite Punkt, dass hier dann jede Fraktion dann noch einmal etwas dazu sagen will. Das ist ja so der Wunsch in diesem Antrag. Obwohl es ja ein Fach- oder eine ja Amtsmeinung dann, oder eine Amtsantwort schon gegeben hat. Das wird in diesem Abänderungsantrag als nicht zielführend betrachtet. Ja, ich ersuche um Diskussion.

Abänderungsantrag SPÖ, WB und FPÖ

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderats beantragen die Beschlussfassung folgender Änderung der Verordnung über die Durchführung einer Bürgerinnen- und Bürgerfragestunde:

Dem/Der zur Fragestellung Berechtigten ist es drei Minuten lang gestattet, sein/Ihr Anliegen bzw. die Beweggründe zur Frage zu erklären.

Verordnung

des Gemeinderats der Stadt Steyr vom 14.11.2019,
mit der die Verordnung vom 10.12.2015 **über die Durchführung einer
Bürgerinnen- und Bürgerfragestunde geändert wird**

Gemäß § 16 Abs. 4 des Statuts für die Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 idgF, wird verordnet:

1. § 3 Abs 5 hat zu lauten:

„(5) Die Frage ist in der Bürgerinnen- und Bürgerfragestunde vom Fragesteller selbst vorzutragen. Zuvor hat der Fragesteller die Möglichkeit, sein Anliegen bzw. seine Beweggründe dafür in maximal drei Minuten zu erklären. Eine mit der Frage unmittelbar zusammenhängende Zusatzfrage des Fragestellers ist zulässig.“

2. § 5 hat zu lauten:

„Personenbezogene Bezeichnungen gelten jeweils für alle Geschlechter.“

Diese Verordnung ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es eine Wortmeldung dazu? Kollege Freisais bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, die Bürgerfragestunde ist ja soweit jedem bekannt. Das Formale ist ja inzwischen auch sehr bewährt seit einigen Jahren. Wird immer wieder in Anspruch genommen, und auch wenn es nicht vor jeder Gemeinderatssitzung ist, so gibt es doch immer wieder Bürgerinnen und Bürger, die an die Stadt herantreten und eben ja Fragen stellen, und da gerne Antworten darauf bekommen. Die gängige Praxis hat jetzt gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger meistens nicht nur kommen um bloß einen Informationsgehalt zu gewinnen, sondern sie haben meistens auch irgendein Anliegen, irgendeinen Beweggrund, warum sie an die Stadt herantreten. Und das hat die bisherige Verordnung nicht hergegeben, dass man da sozusagen ein wenig ausholt und eben seinen Standpunkt erörtert. Daher der Antrag, dass es 3 Minuten lang den Bürgerinnen und Bürgern gestattet ist zu erklären, warum sie die Frage stellen und ja eben ihre Sicht der Dinge darlegen. Das Ganze natürlich freiwillig. Wenn wer sagt ich möchte das nicht, dann alles wie gehabt. Der zweite Punkt, der aus meiner Sicht sinnvoll ist, dass man sozusagen von der Fragestunde hin in Richtung eines Bürgergespräches kommt ist, dass auch die Parteien im Anschluss ein Statement abgeben dürfen. Also nach Beantwortung der Frage, es gibt aus meiner Sicht nicht immer nur die eine objektive Wahrheit, sondern zu verschiedenen Themen eben auch verschiedenen Ansichten oder Angehensweisen. Ja, ich glaube da muss man sich nur anschauen, was eben so auf den Tagesordnungen in den Gemeinderatssitzungen immer steht. Da gibt es eben wie gesagt die verschiedensten Ansichten und Meinungen zu dem Ganzen. Genauso ist es eben auch bei solchen Fragestellungen und dementsprechend wäre es auch sinnvoll und würde die Fragestunde noch um eine Dimension erweitern sozusagen, wenn sich die Parteien da freiwillig äußern dürften. Soweit, vielleicht auch gleich noch auf den Abänderungsantrag, also Vorschlag.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Abänderungsantrag, kein Vorschlag.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Also Nachtragsvoranschlag. Ja, also grundsätzlich das Herzstück ist aus meiner Sicht abgebildet, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einmal äußern dürfen. Von dem her kann ich dem auf jeden Fall zustimmen. Ja alles weitere bin ich gespannt, was in der Diskussion noch kommt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Als Nächster die Frau Kollegin Lindinger, bitte. In Vorbereitung die Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSC:

Ja, werte Damen und Herren. Ich finde die Bürgerfragestunde einmal ganz grundsätzlich ein recht sehr positives Instrument, dass die Stadt Steyr anbietet, Menschen auch Fragen zu stellen oder in diesem Rahmen hier, hier aufzutreten und eine Frage zu stellen. Und so eine Frage, eh wie es der Kollege Freisais auch schon gesagt hat, die hat ja einen Hintergrund. Keiner kommt her und stellt eine Frage aus Jux und Tollerei, sondern weil ihn irgendetwas beschäftigt, weil ein Thema wichtig ist. Und ich glaube, dass das ganz wichtig ist, dass die Leute da auch ein bisschen ausführen können wie sie denn zu dieser Frage kommen. Und es hat etwas damit zu tun, mit Respekt, oder die Leute auch ernst nehmen mit den Anliegen die sie haben. Egal ob sie dann zufrieden sind mit der Antwort, die sie bekommen. Also ich

denke und freue mich sehr darüber, dass da jetzt wirklich alle Fraktionen dieses Kernthema mittragen. Ich halte es aber trotzdem auch schon für eine gute Sache, wenn dann jede Fraktion einfach auch noch irgendetwas dazu sagen kann. Weil natürlich gibt es zuerst einmal eine offizielle Stellungnahme, wo jemand von den Stadträten oder Bürgermeister das Thema ausführt aus Sicht der Stadt. Aber wir haben in vielen Sachen, haben wir unterschiedliche Meinungen und daher würde ich es auch für gut halten, wenn die Leute sich das auch anhören können, wie die einzelnen Parteien zu diesen einzelnen Themen stehen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dankeschön. Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Manchmal tut es gut einen Schritt zurückzugehen, wie es überhaupt zu dieser Bürgerfragestunde gekommen ist. Es gab ja seitens unserer Fraktion ÖVP/Bürgerforum bereits im Mai 2014 den Antrag auf einen Grundsatzbeschluss. Das ist damals leider von allen abgelehnt worden. Es hat ein halbes Jahr gedauert, bis dann wirklich ein Antrag wieder möglich war im Dezember 2014 zu dieser Bürgerfragestunde, wo das dann auch mehrheitlich beschlossen worden ist. Da habe ich auch gelernt, Politik ist nicht nur das Bohren dicker Bretter, sondern auch, dass man auch für dieses Bohren keinen Bohrer hat, sondern da sehr viel einfach händisch machen muss, dauert lange. Ich war sehr froh und unsere Fraktion war sehr froh, dass wir das geschafft haben. Es gab dann noch im Dezember 2015 die Verordnung, auf die heute auch Bezug genommen wird, und die wir seither auch umgesetzt haben. Zahlreiche Bürgerfragestunden haben stattgefunden. Ich würde mir persönlich wünschen, dass es da noch mehr Beteiligung gäbe. Aber es ist ein wichtiger Ansatz, der in den Landgemeinden schon seit vielen vielen Jahren auch gepflegt wird. Der eine Punkt, der hier vorgeschlagen wurde, und wo es auch jetzt diesen gemeinsamen Abänderungsantrag gibt, dass der Fragesteller die Möglichkeit hat zumindest 3 Minuten sein Anliegen zu erklären, halte ich für sehr sinnvoll. Weil damit auch klar ist, warum stellt man diese Frage, welchen Hintergrund gibt es dazu und man kann das Ganze ein bisschen ausführen. Und das ist ein Punkt, wo es mich auch freut, dass da alle anscheinend mitgehen können. Der weitere Punkt, der in diesem Antrag steht, da muss ich leider meinen Vorrednern ein bisschen widersprechen. Da steht zum Beispiel, dass also dann jetzt jede Partei im Anschluss, jede politische Gruppierung im Anschluss an diese Fragestellung 2 Minuten Zeit bekommt zu antworten. Dann ist es nicht mehr Dialog zwischen Bürger und Politik, sondern ist es ein Monolog der jeweiligen politischen Parteien. Im besten Sinne noch ein Dialog zwischen den Parteien, aber nicht ein Dialog mit dem Bürger. Und genau der Bürger ist ja der, der in der Fragestunde das Zentrale ist und darstellt. Das heißt, wenn ich dem Bürger mehr Raum geben möchte, dann bedarf es aus meiner Sicht ganz anderer Dinge. Dass ich zum Beispiel hergehe, wie es andere Gemeinden machen, beispielsweise Kremsmünster, wo der Bürger nicht nur eine Frage stellen darf, sondern auch im Rahmen der Bürgerfragestunde Ideen einbringen kann, Kritik einbringen kann, Anregungen einbringen kann. Das ist Bürgernähe, das ist direkte Demokratie. Aber doch nicht, dass die politischen Parteien, die ja ohnedies im Gemeinderat immer reden können, noch mehr reden. Der Bürger hat 3 Minuten und wenn ich jetzt fünf oder sechs Gruppierungen hernehme, mal 2 Minuten, dann bin ich bei 12 Minuten. Das heißt, im Prinzip hat dann die Politik in Summe viermal so viel Zeit wieder zu reden als der Bürger. Also das passt für mich nicht zusammen. Und deshalb würde ich mich vehement gegen so eine Vorgehensweise wehren, weil das nicht dem Ziel dient. Dass der Bürger nicht im Mittelpunkt steht, sondern dass sich Parteien hier praktisch eine Bühne liefern können, und das finde ich nicht für gut. Und wenn es darum geht, dem betreffenden Bürger zu erklären, warum man hier eine Stellungnahme vorgebracht hat, ja bitte, dann denke ich mir, geht es um das persönliche Gespräch. Und jeder Fragesteller hier herinnen kann sich jederzeit mit jemanden der Mandatare einen Termin ausmachen oder umgekehrt, jeder der Mandatare, wenn er findet dass das was in dieser Bürgerfragestunde gesagt worden ist nicht passt, kann er auf den betreffenden Bürger zugehen. Er ist ja hier, und dem anbieten mit ihm zu reden, ihm seine Meinung kundzutun, ihm ein E-Mail zu schicken, was auch immer. Das

heißt, dieser Dialog geht, wenn man ihn will, absolut. Aber hier wäre das eine Vermischung dessen, dass der Bürger im Mittelpunkt stehen soll, sondern dann hätten wir wieder mehr Politik und das kann ich nur ablehnen. Und das was auch nicht so ganz stimmt, hier steht, der Fragesteller bekommt dadurch oder bekäme dadurch, wenn die Politik wieder mehr redet und die Parteien wieder mehr reden, mehr Eindruck über das Stadtgeschehen abseits der Amtsmeinung. Ich denke da ist eine große Vermischung zwischen Verwaltung und Politik. Das eine ist Verwaltung, das andere ist Politik. Und das eine ist, dass man in einer, und darauf lege ich großen Wert und ich gehe davon aus, dass das hier herinnen auch so gelebt wird. Wenn man sich darum bemüht zumindest. Man wird es nicht immer schaffen, das ist schon klar. Wir alle sind Menschen. Aber der wesentliche Punkt ist, dass in einer Frage, die ein Bürger stellt, er auch wirklich eine sachliche Antwort bekommt. Da geht es nicht um politische Meinung. Da geht es um eine sachliche Antwort die er bekommen soll, die nicht parteipolitisch gefärbt ist. Dazu ist aus meiner Sicht diese Bürgerfragestunde im Zusammenhang mit der Fragestellung einfach das wesentliche Element. Und da vermischt man das mit der Amtsmeinung oder mit der Sachlichkeit. Also wie gesagt, aus diesem Grund, der erste Punkt ganz klar, ist für wichtig zu erachten. Wobei, ich hätte auch heute schon die Bitte, gerade wenn man es jetzt eingebracht hat, die Politik soll noch mehr reden. Ich hätte lieber mehr vom Bürger, aber wenn schon dann bitte so. Es hängt, denke ich mir, immer von der Fragestellung ab. Und sollte tatsächlich einmal der Fall sein, dass man, weil es um ein komplexeres Thema geht, länger braucht als 3 Minuten, dass auch klar ist, diese 3 Minuten sind ein Rahmen. Wenn jemand 4 Minuten braucht, kriegt er seine 4 Minuten und nicht nach 3 Minuten Stoppuhr wird er abgedreht. Das halte ich für wichtig. Aber nicht der Politik hier mehr Raum zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Prack bitte.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Ja Michaela. Zuerst einmal Guten Tag an alle Anwesenden. Du hast schon Recht, dass man das Gespräch mit dem Bürger, mit der Bürgerin auch nachher suchen kann. Aber dass die Antwort an sich eine unpolitische ist, das haben wir schon des Öfteren erlebt, dass das einfach nicht ganz wahr ist. Das sollte vielleicht so sein, aber nur sachlich ist das nicht. Das kommt sehr wohl darauf an, wer diese Antwort gibt. Und das entscheidet einfach die Materie. Und dann steht da hier draußen im Normalfall sehr wohl ein Politiker oder eine Politikerin und dann ist die Antwort sehr wohl politisch gefärbt, und das haben wir erlebt. Und das ist zum Teil unangenehm. Und ich würde gerne die Möglichkeit haben, dazu etwas zu erwidern. Und deswegen finde ich es sehr wohl möglich, sind wir uns ehrlich. Normalerweise sind wir um 10 nach Eins wieder draußen da. Um 14 Uhr beginnt die Sitzung. Also wenn wir uns da ein bisschen mehr Zeit nehmen, dann ist das überhaupt kein Problem und ich sehe überhaupt keinen Grund, warum man die politischen Parteien nicht Stellung nehmen lassen soll dazu. Weil ich war sehr oft schon, weil politisch gefärbt, mit der Antwort selber nicht zufrieden. Und das passiert einfach. Und dann möchte ich das kundtun können. Und nicht unbedingt nur unter vier Augen, sondern vielleicht hier herinnen, wo es ein paar Kollegen aus den anderen, Kolleginnen aus den anderen Fraktionen auch hören. Und jetzt noch etwas. Wir werden jetzt dann nachher, natürlich zuerst wie das so ist, über den Abänderungsantrag abstimmen. Der wird eine Mehrheit finden. Und dann wird der eigentliche Antrag, wo der Punkt drinnen steht, den ich für wichtig halte, nicht mehr abgestimmt. So ist das halt. Aber es macht mir es schwer, weil ich mag nicht gegen etwas stimmen, wofür ich bin. Aber in Wirklichkeit geht es mir nicht weit genug. Ich weiß nur noch nicht ganz genau, wann ich meine Hand hebe. Ich werde vermutlich gegen die Abänderung stimmen, obwohl da Sachen drinnen stehen, die ich klass finde. Aber das ist halt von der Geschäftsordnung so. Aber ich hätte gerne das andere auch dabei. Und ich hätte gerne gehört wie oder gesehen, wie die anderen zu dieser Möglichkeit, als Politiker Stellung nehmen, noch stehen.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Es gibt eh einen Abänderungsantrag! Ganz klar.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Das heißt, ich soll gegen den Abänderungsantrag stimmen. Ist das dein politischer Tipp? Du bist erfahrener. Ja natürlich.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Als nächster der Kollege Zöttl bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Meine Damen und Herren, die Bürgerfragestunde. Ja selbstverständlich, wir haben damals da zugestimmt. Als Zeichen der demokratischen Abhandlung und auch dass Themen in der Stadt dementsprechend behandelt werden können. Und wenn wir schon bei der Wahrheit sind, natürlich haben viele von uns das Ganze auch in der letzten Zeit mitverfolgen können, wie das ganze läuft. Der Herr Kollege Prack hat es vorher gerade gesagt, politisch gefärbt. Aber ich finde nicht nur im Nachhinein, sondern im Vorhinein schon. Weil ich glaube, wir haben es auch miterleben dürfen, dass so manche sogenannte Bürgerfragestunde vorgegaukelt war und eigentlich gewisse Lobbys oder Interessensvertretungen, die auch parteinahe sind, hier sozusagen unter den Deckmantel der Bürgerfragestunde das Wort erhoben haben. Und ich glaube, da sind gerade die Grünen am 21. März 2019 damit sehr gut aufgetreten. Und ich glaube, wenn man es ehrlich meint, sollte man wirklich die Bürgeranliegen ernst nehmen und nicht diejenigen, die im Hintergrund mit gewissen Lobbys und Parteien verknüpft sind. Und das politische Gespräch oder das Gespräch mit politischen Mandataren, glaube ich, das findet immer und überall statt. Und ich glaube, da braucht man niemandem etwas vorzukauen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann Schlusswort, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Naja, vielleicht noch ganz kurz vielleicht, auch für die, die sagen die Bürgerfragestunde das ist, das sind lauter interessierte Bürger. Da bin ich noch ganz beim Helmut, Helmut Zöttl. Ich glaube, das ist kein Zufall, wir haben insgesamt 22 mal Bürger hier gehabt, die eine Frage gestellt haben. Und 15 mal interessanterweise im Jahr 2015. Das war ein Wahljahr. Also es hat schon einen Grund. Und ich glaube auch eher, dass die Gefahr ist, dass man versuchen sollte oder wir uns zurück halten sollten, wer immer dann meint er ist dann der Heilige, das nicht zu instrumentalisieren und im Hintergrund die Fäden zu ziehen, Jemanden da herzuschicken und sagen, stelle eine politische Frage, weil dann können wir das diskutieren. Ich glaube, so wie wir es haben ist es gut, und wenn wir das erweitern wollen auf 3 Minuten, dass die Anliegen noch genauer dargelegt werden und die Hintergründe, gerne, jeder Zeit. Und darum glaube ich, dass wir da einen mehrheitlichen oder einen einstimmigen Beschluss fassen sollten.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sie haben also das Schlusswort gehört. Es steht jetzt der Abänderungsantrag zur Abstimmung. Und ich kann es versichern, niemand von uns hat eine Stoppuhr eingesteckt, um diese 3 Minuten ganz genau auf die Sekunde zu prüfen. Der Antrag lautet also somit, der Abänderungsantrag, dass also dem der zur Fragestellung berechtigt ist, es ihm 3 Minuten gestattet sei oder ihr, beziehungsweise Anliegen, beziehungsweise die Beweggründe zur Frage zu erklären. Darunter steht auch der Text auf diesem Zettel schon, wie er in der Verordnung lauten wird. Und den stelle ich nun zur Abstimmung. Wer mit dem Abänderungsantrag einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Gegenstimme! Gibt es Stimmenthaltungen? Dem ist nicht der Fall. Somit mehrheitlich angenommen. Mit einer Gegenstimme. Und Herr Bürgermeister, du bist mit deinen Tagesordnungspunkten fertig und ich gebe den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich, übernehme den Vorsitz und darf dem Herrn Vizebürgermeister Hauser das Wort erteilen, um seine Tagesordnungspunkte vorzubringen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Abänderungsantrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **32**

SPÖ 13 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayer, MA, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner,)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **1**

GRÜNE 1 – (GR Mag. Kurt Prack)

Stimmenthaltungen: **0**

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

5) GHJ2-5536/59 Kündigung der Mietverträge betreffend die Räumlichkeiten Berggasse 6 und 8 der Justizanstalt Steyr, Gefangenenhaus.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Werte Gäste, werte Presse. Mein erster Antrag befasst sich mit der Kündigung der Mietverträge betreffend der Räumlichkeiten Berggasse 6 und 8 der Justizanstalt Steyr Gefangenenhaus. Vielleicht wundert es den einen oder anderen, dass da drinnen steht Innenministerium. Aber der Vertrag ursprünglich wurde mit dem Innenministerium abgeschlossen. Daher muss auch das Innenministerium den Vertrag kündigen. Nur damit es da keine Ungereimtheiten gibt, habe ich das extra noch einmal überprüft. Und dieses Kündigungsschreiben, das uns zugestellt wurde, beinhaltet also die Auflösung des Mietverhältnisses. Wir hatten eine einmonatige Kündigungsfrist, die hier auch eingehalten wurde. Und es hat davor natürlich auch Gespräche gegeben, weil natürlich Einbauten für das Gefangenenhaus dementsprechend passiert sind und hier Rückbauten notwendig wären. Damit also aber da jetzt nicht zuerst die Baumaschinen auffahren müssen, um das zu machen, haben wir in einer Verhandlung uns also darauf geeinigt, dass wir netto EUR 190.650,-- Abschlagszahlung bekommen, also inklusive der Umsatzsteuer EUR 228.780,--, die sozusagen diese Umbauarbeiten abdecken sollen und sollten, beziehungsweise gewisse Reinigungen und dergleichen mehr bis hin zur

Entfernung des Stacheldrahts, der also oben überall auf den Dächern und auf den Anlagen angebracht ist, um eine Flucht zu verhindern. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben und gleichzeitig auch zuzustimmen, dass EUR 23.000,-- an Kreditüberschreitung jetzt notwendig sind. Vorerst um also hier die Reinigung durchzuführen vom Taubenkot der vorhanden ist beziehungsweise diesen Stacheldraht zu entfernen. Und auf Grund dessen, dass also das Geld ja von der Justizanstaltstrückgabe erst später kommt, jetzt eine Kreditüberschreitung notwendig ist, da das vorher im Budget so nicht vorgesehen war. Ich ersuche um Diskussion beziehungsweise Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 28. August 2019 wird der Aufkündigung der Mietverträge mit der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Inneres, per 30.09.2019, der Annahme der Abschlagszahlung in Höhe von **EUR 190.650,-- netto (EUR 228.780,-- incl. 20 % USt.)** der Vergabe der unbedingt notwendigen Arbeiten an die Kommunalbetriebe Steyr und der Mittelfreigabe in Höhe von gesamt

**EUR 23.000,-- netto
bei VA 1/853000/728000**

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor. Uns steht eine große Aufgabe bevor. Nicht nur, dass wir jetzt einmal dieses Gebäude wieder in unseren Besitz nehmen, sondern was werden wir in Zukunft damit tun. Jetzt werden wir einmal schauen, damit wir die ganzen Rückbauten machen und das so herrichten, damit wir es vielleicht für irgendeine andere Nutzung haben. Wir haben es ja auch schon einmal vorbesprochen, wir werden einmal schauen. Vielleicht können wir die Zeit noch abwarten, dass auch die Polizei noch rausgeht, das kleine Stück oder die paar Quadratmeter, die die noch haben. Und dann haben wir ein ganzes Gebäude zur Verfügung. Unter Denkmalschutz und mit sehr sehr vielen kleinen Räumen, mit einer kleinräumigen Struktur. Schwierig, es wird schwierig zu vermarkten, vor allem wenn man weiß, was solche Gebäude an Investitionskosten verschlingen würden. Bleibe bewusst im Konjunktiv. Ja, ist jemand für diesen Antrag, dann ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

**6) KBS-7/19 Kommunalbetriebe Steyr – Ankauf eines Spindelmähers;
Ersatzbeschaffung**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Mein zweiter Punkt befasst sich mit dem Ankauf eines Spindelmähers als Ersatzbeschaffung für die Kommunalbetriebe Steyr. Ihr werdet euch womöglich wundern, warum wir das hier herinnen haben. Weil normalerweise beschließen wir einen sogenannten Investitionsplan. Und dann betrifft das ja den Inneren Dienst, wo es sozusagen nur Informationen mehr darüber gibt, wofür es ausgegeben wird. Dieser Spindelmäher war aber nicht in dem Investitionsplan vorgesehen. Und es geht aber darum, dass hier die Instandhaltungskosten schon so hoch sind, dass es also nach 20 Jahren keinen Sinn mehr macht, hier noch weiter zu investieren, auf der anderen Seite auch größere Ausfallszeiten hier vorprogrammiert sind. Ich kann aber beruhigen, es ist kein zusätzliches Geld notwendig, weil im Investitionskostenplan wir etwas anderes zurückgestellt haben und daher mit dem vorgesehenen Investitionskostenplan diesen Ankauf auch abdecken können. Trotzdem, weil er

dort nicht vorgesehen war, ersuche ich um Zustimmung des Gemeinderates, dass wir diese EUR 53.800,-- für diesen Spindelmäher verwenden dürfen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Kommunalbetriebe Steyr vom 03. Okt. 2019 wird der Auftragsvergabe zum Ankauf eines Spindelmähers bei der JCB TracTechnik Service GmbH zum Gesamtpreis von EUR 53.508,-- inkl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Budget 2019 (KBS-Investitionsplan 2019) vorhandene Mittel in der Höhe von

EUR 53.800,-- (Euro dreiundfünfzigtausendachthundert) inkl. USt.

(samt Anschaffungsnebenkosten wie z.B Anmeldung, Beschriftung...)

freigegeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, somit wurde auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

7) SBS-137/18 Stadtbus – Änderung der Haustarife per 1.1.2020

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der nächste Antrag befasst sich mit den Änderungen der Haustarife zum 1. 1. 2020 beim Stadtbus. Ich möchte also darauf verweisen, wir sind ja auf der einen Seite Mitglied des OÖ Verkehrsverbundes und somit sind die Verkehrsverbundtarife dementsprechend auch zu übernehmen. Der Arbeitsausschuss dieses OÖ Verkehrsverbundes hat am 23. 9. die beschlossen, die sie auf der Seite 2 im oberen Teil sehen und darunter sind die Haustarife, um die es also heute hier geht, diese Veränderungen zu beschließen. Nachdem wir voriges Jahr keine, also jetzt für das Jahr 2019 keine Erhöhungen vorgesehen hatten, weil wir sonst irgendwelche Phantasiesummen bei der Erhöhung zustande gebracht hätten, haben wir uns jetzt entschlossen, diese Erhöhung umzusetzen. Die Jahreskarte 365 bleibt unverändert und wir schlagen vor, die Teilstrecke um 10 Cent zu erhöhen auf EUR 1,10. Die Teilstrecke ermäßigt um 10 Cent zu erhöhen auf EUR 0,60 und die Monatskarte Senioren, die ja auch u.a. durch die Stadt mit EUR 5,-- gestützt wird, auf EUR 35,-- zu erhöhen um EUR 1,40 und die Hochschüler-Semesterkarte pro Monat um 70 Cent zu erhöhen auf EUR 16,70. Und ich ersuche hiermit, diesem Antrag zuzustimmen, wobei ich schon darauf hinweisen möchte, dass der Stützungsbetrag bei der Jahreskarte von EUR 83,-- auf EUR 102,-- pro Jahreskarte sich erhöht. Dieser Unterschied ergibt sich vom Verbundtarif zum Haustarif. Bitte sehr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr vom 29.10.2019 werden die Haustarife im Steyrer Stadtbus wie folgt angehoben:

Einzelfahrschein in Euro:

Vollpreis	ermäßigt	Halbpreis	
2,20,--*	1,20,--*	1,10,--	Erhöhung um 0,10 Euro bei Vollpreis

Tageskarten in Euro:

Vollpreis	ermäßigt	Halbpreis	
4,40,--*	2,40*	2,20 ,--	Erhöhung um 0,20 Euro bei Vollpreis

<i>Wochenkarte in Euro:</i>	13,90	Erhöhung um 0,60 Euro
<i>Monatskarte in Euro:</i>	49,10	Erhöhung um 2,00 Euro
<i>Jahreskarte in Euro:</i>	467,--	Erhöhung um 19,-- Euro
<i>Jahreskarte 365er</i>	€ 365,--	unverändert*
<i>Teilstrecke</i>	€ 1,10	Erhöhung um 0,10 Euro
<i>Teilstrecke ermäßigt</i>	€ 0,60	Erhöhung um 0,10 Euro
<i>Monatskarte Senior</i>	€ 35,--	Erhöhung um 1,40 Euro
		Stützung der Stadt € 5,-- bleibt weiterhin aufrecht
<i>Chipkarte</i>	€ 5,50	unverändert
<i>Hochschüler Semesterkarte</i>		
<i>pro Monat</i>	€ 16,70,--	Erhöhung um 0,70 Euro

*) Da der Zuschuss pro verkaufter 365er Jahreskarte auf Basis der OÖVV Jahreskarte berechnet wird erhöht sich dieser von € 83,-- auf € 102,--.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet Herr Stadtrat Mag. Kaufmann. Bitte Reinhard.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher. Meine kurze Stellungnahme dazu, aus unserer Sicht. Wir freuen uns sehr, dass diese 365er-Karte weiterhin von der Stadt in dem Ausmaß unterstützt bzw. gestützt wird, dass sie gleichbleiben kann im Preis. Dieser EUR 1,00 pro Tag ist glaube ich eine wichtige symbolische Marke um zu zeigen, dass uns ein auch leistbares Angebot beim öffentlichen Verkehr in Steyr wichtig ist. Wir werden diesen Änderungen zustimmen, aber bei der Gelegenheit schon auch anmerken, dass die generelle Begünstigung von Senioren aus unserer Sicht hinterfragenswert ist und das sollten wir für die nächste Regelung für das Jahr 2021 dann wirklich ernsthaft ins Auge fassen. Die Kaufkraft von Senioren hängt nicht vom Alter ab, sondern von vielen anderen Gesichtspunkten. Und wir sollten hier durchaus differenzieren und diese Stützung nur jenen Senioren in Zukunft zukommen lassen, die sie auch brauchen. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächste Rednerin, Frau Evelyn Kattnigg. Bitte Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, ich werde mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Grund ist nicht die Erhöhung der Tarife sondern ein Formalfehler. Ich bin selbst stellvertretende Vorsitzende im Aufsichtsrat der Stadtbetriebe Steyr und es gibt ein klares Regelwerk, wie Tarife zu bestimmen sind. Das ist einmal erstens, der Aufsichtsrat der Stadtbetriebe muss einmal tagen, diese Tarife, die vom OÖ Verkehrsverbund vorgegeben werden bei einer Sitzung. Das haben wir schon gehört, am 23. 9. war das der Fall. Diese Tarife werden dann weitergegeben an die Stadtbetriebe Steyr. Dann gibt es diese Aufsichtsratssitzung, die am 26. 11. stattfindet. Dann gibt es einen Stadtsenat und dann gibt es einen Gemeinderat, wo das beschlossen wird. Und dieses formale Regelwerk wurde nicht eingehalten. Deswegen werde ich mich der Stimme enthalten. Ich würde wirklich sehr intensiv dafür plädieren, dass das in Zukunft dementsprechend eingehalten wird. Wir hatten auch einmal schon Diskussionen mit dem Herrn Hochgatterer, dass auch die Jahresabschlüsse der Kommunalbetriebe, Stadtbetriebe Steyr usw. im Finanzausschuss vorher präsentiert wurden, bevor es der Aufsichtsrat gehört hat. Ich weiß Bescheid aus den Ergebnissen der Stadtsenatssitzung, dass der OÖ Verkehrsverbund scheinbar diese Tarife spät weiterleitet. Ok, ist so, aber es gibt auch einen Geschäftsführer der Stadtbetriebe Steyr. Und wenn ich höre, dass eine Sitzung Ende September ist, dann kann ja der Herr Hochgatterer auch früher auf den Verkehrsverbund zugehen und sagen, wir haben da Aufsichtsratssitzung. Der Aufsichtsrat tagt da, dann ist der

Stadtsenat, der Gemeinderat. Dass eben dieses formale Regelwerk eingehalten wird. Und da würde ich wirklich sehr in der Zukunft darum bitten, dass das wirklich so gemacht wird. Weil ich glaube, ich persönlich nehme diese Funktion als Aufsichtsrätin oder Stellvertreterin in diesem Fall sehr genau wahr und schaue mir auch die Unterlagen im Detail an, und befasse mich auch intensiv. Und darum würde ich auch bitten, dass das in Zukunft so gehandhabt wird und beschlossen wird. Danke.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Entschuldigung, die Kollegin Frech. Tut mir leid Michaela, bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzte Kolleginnen, wertees Präsidium, geschätzte Zuhörer, ich möchte jetzt schon gerne wissen, bevor es zu dem Schlusswort kommt, die Stellungnahme des Aufsichtsratsvorsitzenden zu dem, was du mir jetzt gesagt hast. Das würde mich jetzt schon interessieren. Weil wenn das so ist, dann geht es nicht um eine Enthaltung, liebe Kollegin, sondern dann ginge es darum, dass man diesen Punkt von der Tagesordnung absetzen muss, was auch immer. Anders lässt sich das wahrscheinlich nicht lösen. Aber ich hätte gerne die Stellungnahme gehört vorher, bevor es zur Abstimmung kommt vom Kollegen Hauser.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja danke. Der Referent wird es erklären. Pro futura für das nächste Jahr kann ich ankündigen, werden wir die Sitzungen des Aufsichtsrates so legen, dass der Aufsichtsrat schon tagt bevor dann der Gemeinderat hier den Beschluss fasst. Auf der anderen Seite sind ja überall dieselben Personen drinnen. Formal hast du völlig, völlig Recht. Aber die Aufklärung gibt der Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz eindeutig klar, dass wir also die Tarife ja von einem OÖ Verkehrsverbund nicht zu diskutieren haben, sondern zu übernehmen haben. Das ist die Realität. Dass es hier bei den Haustarifen um einen Vorschlag geht, der von der Geschäftsführung gemacht wird und somit auch der Aufsichtsrat nur empfehlenden Charakter hat, das Beschlussgremium ist bei der Tarifangelegenheit der Gemeinderat. Und damit wir die Dinge auch dementsprechend drucken können in unseren Fahrplänen, in unseren Preislisten und dergleichen mehr, haben wir uns entschlossen, in der Absprache mit mir, das jetzt einzubringen. Weil wenn wir erst im Gemeinderat im Dezember, der am 12. Dezember stattfindet, in diese Situation kommen, dann wird das relativ gering und spät sein. Und daher haben wir uns entschlossen, für das nächste Jahr anzuordnen, dass also der Aufsichtsratssitzungstermin sicherlich vor dem Gemeinderat im November liegt. Aber das ist natürlich auf der anderen Seite auch wieder schwierig, weil dann haben wir für die Ergebnisvorschau der Stadtbetriebe Steyr immer einen früheren Zeitpunkt um sozusagen Prognosen zu stellen. Aber formal ist es so, dass also der Aufsichtsrat nur empfehlenden Charakter hat, das Beschlussgremium ist der Gemeinderat.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Michaela, noch einmal bitte Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzte Kolleginnen, werte Kollegen, nachdem der Aufsichtsratsvorsitzende jetzt gesagt hat, dass das ja auch tatsächlich so ist und dazu geäußert hat, würde ich schon eines, auf eines Wert legen, nachdem ich auch im Aufsichtsrat der Stadtbetriebe bin und auch meine Tätigkeit dort ernst nehme und auch ernst genommen werden möchte, so wie jedes andere Aufsichtsratsmitglied, würde ich schon empfehlen, hier aus solchen Situationen einfach etwas zu machen, was sich Umlaufbeschluss nennt. Das ist kein großes Problem. Es gibt E-

Mail, es gibt WhatsApp, es gibt SMS, es gibt alles Mögliche. Und ich finde, das wäre schon eine Sache auch der Wertschätzung, der Anerkennung der Mitglieder im Aufsichtsrat, das zu tun. Ich habe vollstes Verständnis, lieber Kollege Hauser, dass sich manches oft zeitlich nicht ausgeht, dass man die Fahrpläne drucken muss etc., aber das ist kein Grund, dass man nicht einen Umlaufbeschluss macht. Der geht nämlich innerhalb von zehn Minuten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, damit sind wir am Ende der Rednerliste. Wir werden das nächste Jahr die Sitzungen so legen, dass das auch für alle zufriedenstellend ablaufen kann und wir kommen nun zur Beschlussfassung bzw. Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde, ... Entschuldigung, mit zwei Enthaltungen angenommen. Danke für deine Berichterstattung und ich darf nun die Frau Vizebürgermeisterin Ingrid Weixlberger um ihren Tagesordnungspunkt ersuchen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **31**

SPÖ 13 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, GR Erwin Schuster, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann, GR Rudolf Schröder, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 8 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, GR Uwe Pichler, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker)

GRÜNE 4 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **0**

Stimmenthaltungen: **2**

FPÖ 2 – (GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR Arno Thummerer)

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

8) Präs-683/02 Nachträgliche Lifteinbauten in Wohnhäusern - Förderungen

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

In diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Förderung der Stadt Steyr für zwei nachträgliche Lifteinbauten in der Resthofstraße und in der Schillerstraße. Die Förderungszusage des Landes Oberösterreich liegt uns auch bereits vor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 10. Oktober 2019 werden der GWG der Stadt Steyr für die in den, in der beiliegenden Aufstellung angeführten, Wohnbauten nachträglich eingebauten 3 Lifte, halbjährliche Annuitätenzuschüsse in der Höhe von jeweils insgesamt 30 % der vom Land Oberösterreich gemäß Endabrechnung anerkannten Investitionskosten verteilt auf 15 Jahre gewährt, wobei die Investitionskosten je Lift bei Wohnobjekten mit 3 Obergeschossen mit EUR 100.000,-- und bei Wohnobjekten mit 4 Obergeschossen mit EUR 120.000,-- nach oben begrenzt werden. Dies bedeutet eine Gesamtförderung in der Höhe von EUR 74.835,-- verteilt auf 15 Jahre. Die Details zu den einzelnen Objekten sind der beiliegenden Aufstellung zu entnehmen.

Die Abwicklung erfolgt über die VAS 5/853100/775000 im Rahmen der in den jeweiligen jährlichen Budgets vorhandenen Mittel.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich denke, wer den Amtsbericht aufmerksam gelesen hat sieht ja, dass wir in Summe in den letzten Jahren wirklich beachtliche Millionenbeträge investiert haben seitens der Stadt in Form von Förderungen für dieses Liftnachrüstungsprogramm. Wir sind damit gut gefahren. Wir sind die Stadt, glaube ich, mit dem höchsten Fördersatz, nämlich von 30 Prozent der anrechenbaren Kosten. Aber das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, sieht wie viele Liftanlagen dazugebaut wurden. Und die Menschen, denen damit die Möglichkeit gegeben wurde auch im Alter oder mit Behinderung in ihren Häusern zu bleiben, die wissen das zu schätzen. Und das haben wir, glaube ich, sehr gut und sehr weitsichtig gemacht. Wer für diesen Antrag ist, für diese drei neuerlichen Zubauten, Lifteinbauten, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag wird einstimmig angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung. Wir hören dich ja noch einmal wenn du die Tagesordnungspunkte vom Kollegen Schodermayr noch bringen wirst. Und jetzt ist der Vizebürgermeister Dr. Zöttl am Wort. Bitte Helmut.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde einstimmig **angenommen**.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

9) BauH-81/19 Kirchliche Ensembles in Steyr; Friedhofsverwaltung Steyr, Taborweg 4, Friedhof Sanierung Verwaltungsgebäude, ehem. Totengräberhäusl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Dankeschön. Ich habe mich bemüht, dass ich dieses Mal bei meinem einzigen Antrag kostengünstig bleibe. Es geht um den Zuschuss für den Umbau vom ehemaligen Totengräberhäusl im Taborweg 4 beim Friedhof. Dieses wurde von der Friedhofsverwaltung saniert. Und das gesamte Ausmaß der Sanierungskosten war EUR 297.640,97. Und dazu sollte die Stadt von Seiten des Denkmalschutzes EUR 30.000,-- auf drei Jahre verteilt, also mit heuer beginnend EUR 10.000,--, dann nochmal EUR 10.000,-- und EUR 10.000,-- nächstes und übernächstes Jahr, zuschießen. Die bittere Pille dabei ist, dass leider für heuer eine Darlehensaufnahme von EUR 10.000,-- dafür notwendig ist. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 06.09.2019 wird einer Förderung in Höhe von

insgesamt EUR 30.000,00 aufgeteilt auf drei Jahresraten (2019, 2020, 2021)
zu je EUR 10.000,00

für die Sanierung des Verwaltungsgebäudes, ehem. Totengräberhäusl zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel für das Jahr 2019 sind bei der VA-St. 5/363000/777100 vorgesehen.

Unter der Voraussetzung, dass in den nächsten Jahren die budgetäre Deckung gegeben ist, sind die bewilligten Jahresraten von der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung zur Auszahlung zu bringen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 10.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Nur als kleine Ergänzung. Wer zu Allerheiligen, oder auch vorher oder nachher, am Friedhof war, man kann es auch jetzt machen, man muss sich dieses Verwaltungsgebäude anschauen. Es ist schon ein Kleinod, ganz etwas Besonderes. Ich glaube, somit ist auch die Förderung gerechtfertigt, angesichts der Höhe der Investitionssumme. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Und als nächster Referent ist der Stadtrat Mag. Kaufmann an der Reihe. Bitte Herr Stadtrat.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GR Mag. Erwin Schuster, GR Mag. Kurt Prack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

10) Abfall-8/16 Reststoffdeponie der Stadt Steyr, Sofortmaßnahmen gemäß Umweltinspektion vom 9. April 2019, 3. Teil Errichtung weiterer Brunnen und Sonden auf der Deponie

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, meine Damen und Herren, wir haben ja schon mehrmals heuer Investitionen in die Zukunft der Deponie zu beschließen gehabt. Es gibt einen Beschluss heuer noch vorzuschlagen. Und zwar es geht darum, in Vorbereitung auf die endgültige Abdeckung Maßnahmen zu setzen und die sind heuer noch vorzunehmen. Einige Neubauten von Brunnen und Sonden für das Grundwassermanagement und was hier rundherum dazugehört an Nebenleistungen. Und das kostet insgesamt doch die beachtliche Summe von EUR 621.737,08 excl. USt.. Allerdings ist das kein überraschender Betrag, sondern diese Summen sind im Budget vorgesehen und es geht hier nur darum, unser Budget in diesem Bereich einzusetzen. Ich bitte um Diskussion und die Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 22.10.2019 wird

1. der Auftragsvergabe an die Fa. DOMA Elektro Engineering GmbH, Roith 7, 4921 Hohenzell, als Best- und Billigstbieter, zum Preis von EUR 211.029,23 exkl. USt. (EUR 253.238,08 inkl. USt.) für die Elektrotechnischen Arbeiten für die Brunnen und

Sonden zugestimmt. Für Unvorhergesehenes wird ein Betrag von EUR 21.102,92 exkl. USt. (EUR 25.323,50 inkl. USt.) bewilligt.

2. der Auftragsvergabe an die Fa. Reisinger GmbH, Feldstraße 2, 4482 Ennsdorf, als Best- und Billigstbieter, zum Preis von EUR 309.728,50 exkl. USt. (EUR 371.674,20 inkl. USt.) für die Errichtung zusätzlicher Brunnen und Sonden zugestimmt. Für Unvorhergesehenes wird ein Betrag von EUR 30.972,85 exkl. USt. (EUR 37.167,42 inkl. USt.) bewilligt.
3. der Auftragsvergabe an die Fa. Ing. Josef Grillnberger GmbH, Wachtberg 91, 4441 Behamberg, als Best- und Billigstbieter, zum Preis von EUR 40.488,70 exkl. USt. (EUR 48.586,44 inkl. USt.) für die Errichtung der Infrastruktur für die zusätzlichen Brunnen und Sonden zugestimmt. Für Unvorhergesehenes wird ein Betrag von EUR 4.048,87 exkl. USt. (EUR 4.858,64 inkl. USt.) bewilligt.
4. der Auftragsvergabe an die Fa. Sachverständigenbüro für Boden + Wasser GmbH, Hans-Zach-Straße 4, 4210 Gallneukirchen, als Best- und Billigstbieter, zum Preis von EUR 21.450,00 exkl. USt. (EUR 25.740,00 inkl. USt.) für die Bauaufsicht (ÖBA) bei der Errichtung von zusätzlichen Brunnen und Sonden zugestimmt. Für Unvorhergesehenes wird ein Betrag von EUR 2.145,00 exkl. USt. (EUR 2.574,00 inkl. USt.) bewilligt.

Die Mittel in Höhe von EUR 621.737,08 exkl. USt. sind bei der Voranschlagstelle 5/852100/006000 (Vorhaben V01/19) im Budget 2019 vorgesehen.

Die Mittelfreigabe wird erteilt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 621.737,08 exkl. USt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich der Vizebürgermeister Dr. Zöttl. Bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Dankeschön. Ich möchte gleich vorweg sagen, dass wir natürlich für den Schutz der Umwelt sind und dass auch dementsprechend mit Sorgfalt umgegangen wird. Aber wir möchten schon dazusagen, wir haben es auch schon im Stadtsenat besprochen, dass es hier um wirklich viel Geld geht, was hier investiert wird, jetzt über EUR 600.000,-- ohne USt.. Und mein Kollege, der Thummerer Arno, unser Fraktionsobmann hat sich die Mühe gemacht und hat jetzt einmal nachgesehen, was wir in den letzten Jahren, beginnend von 2013 bis zum heutigen Tag für diese Mülldeponie, für die ehemalige Mülldeponie von Steyr, aber auch der Umgebung, in Summe ausgegeben haben für die eine oder andere Sanierung. Wir wissen es ja, alle die hier herinnen sind, einmal Gasbrunnen entsorgt, einmal dort eine Leitung, Pumpe hin und her, sind in Summe EUR 2,35 Mio. Ich möchte da jetzt schon betonen, über EUR 2,3 Mio. nur in die Sanierung. Und wir, ist auch im Stadtsenat gesagt worden, sind da abhängig von Sachverständigengutachten, die das verlangen. Ja, wir haben das diskutiert. Die Frage ist für mich schon, brauchen wir dort wirklich ein Stromaggregat für einen ev. Blackout, der eine Pumpe betreibt. Ob die Pumpe nicht auch später in Betrieb genommen wird, wenn der Strom wieder da ist. Über solche Sachen haben wir diskutiert. Ich habe mich dann ein bisschen mit der gesamten Thematik auseinandergesetzt. Und ich denke bzw. unsere Meinung ist schon, wenn jetzt EUR 2,35 Mio. mit dem heutigen Betrag investiert werden, ist das nicht eine Aufgabe der Altlastensanierung. Da gibt es einen Fonds. Ist, und das ist unsere Frage, Gemeinden und der Gemeindeverband kann Förderungsbeträge dort ansuchen. Und die haben sicher auch Sachverständige, die dann das ansehen können, oder ob das auch wirklich notwendig ist, dass dementsprechende Maßnahmen getätigt werden. Das ist meine Frage. Und bis diese Frage geklärt werden wird, werden wir uns bis dahin der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet, Vizebürgermeister Hauser. Bitte Willi.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, nachdem ich auch einmal zuständig war dafür, haben mich diese Summen auch immer wieder geschreckt. Nur es geht leider Gottes nicht um Altlasten. Denn solange die Deponie in Betrieb ist und solange die Deponie also auch aufrechterhalten wird, geht es nicht um Altlasten. Und wenn eine Deponie geschlossen wird, dann haben wir 70 Jahre Nachsorgepflichten. Also ich möchte nur dazu sagen, es geht grundsätzlich darum, dass das was der Kollege Zöttl gesagt hat, richtig ist. Wenn es irgendwo um einen Grund geht, den man sozusagen verkauft womöglich und dann dort gebaut wird, und man kommt dann drauf, dass dort was drinnen ist, dann geht es dort um Altlasten. Alles andere ist also eine Betriebsstätte, die in Betrieb ist und wo es also darum geht, dass wir Sorge dafür zu tragen haben, jene Dinge umzusetzen, die uns per Landesbescheid auferlegt werden. Und da möchte ich also einfach auch darum ersuchen, dass wir diese Dinge ernst nehmen müssen. Denn wenn wir gegen einen Bescheid verstoßen schaue ich mir an, wie wir dann ausschauen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Schlusswort Referent bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, danke Vizebürgermeister Hauser für die ergänzende Erläuterung. Ich möchte noch zusätzlich zwei Dinge sagen. Eines, es gibt natürlich in dem Bereich Erstellung der Oberflächenabdeckung durchaus Fördermöglichkeiten. Nicht für die heute zu beschließenden Maßnahmen, aber insgesamt wird es hier Fördermöglichkeiten geben, die wir natürlich auch wahrnehmen werden, wenn dann die entsprechenden Maßnahmen zu setzen sind. Und etwas anderes, ich habe es auch schon im Stadtsenat angeboten oder angekündigt, wir werden Anfang nächsten Jahres allen interessierten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten eine ausführliche Information von unseren Fachleuten in dem Bereich Deponie anbieten, wo alle Fragen gestellt werden können und wo mehr Zeit sein wird und auch mit fachlicher Unterstützung eben von den Expertinnen und den Experten, um diese Fragen auch im Detail zu beantworten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, danke. Ich glaube, wir werden das wirklich auch noch einmal hinterfragen und schauen, was zusätzlich möglich ist. Ich denke, wir gehen einmal davon aus, dass unsere Mitarbeiter wissen, wo sie ansuchen können, was möglich ist. Falls es zusätzlich noch etwas geben sollte, sind wir dankbar für jeden Hinweis, der dann auch wirklich fruchtet. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke für deine Berichterstattung. Ich darf nun Herrn Stadtrat Dr. Ritter um seine Tagesordnungspunkte ersuchen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

GRⁱⁿ Michaela Greinöcker

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: 32

Zustimmung: **23**

SPÖ 13 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, GR Erwin Schuster, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann, GR Rudolf Schröder, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **0**

Stimmenthaltungen: **9**

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, GR Uwe Pichler, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR Arno Thummerer)

BERICHTERSTATTER STADTRAT MR. DR. MARIO RITTER:

11) BauGru-42/17 Flächenwidmungsplan Nr. 3, Änderung Nr. 6 – Hausleitner Straße, Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.3; Beschluss.

STADTRAT MEDR. DR. MARIO RITTER:

Meine Damen und Herren, wertres Präsidium, ich habe zwei Punkte zu behandeln. Punkt 1 ist die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 3, Hausleitner Straße und die Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes bei der Hausleitner Straße. Sie wissen alle, das ist das Gebiet bevor man rechts runter zur Tennishalle Rothenbrunner fährt, links oben. Eine derzeitige Widmung ist da auf Grünland, land- und forstwirtschaftlich bestimmte Fläche. Dieses Land oder dieses Landstück soll umgewidmet werden in ein eingeschränkt gemischtes Baugebiet und in Bauland unter Ausschluss betriebsfremder Wohnnutzung. Zwischen der Stadt und den Eigentümern wurde ein Raumordnungsvertrag abgeschlossen. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Nach Durchführung der erforderlichen amtlichen Ermittlungen werden die Änderung Nr. 6 zum Flächenwidmungsplan Nr. 3 – Hausleitner Straße – sowie die Änderung Nr. 3 des STEK Nr. 2 entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 10.11.2017 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 18.09.2019 erlassen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet der Herr Stadtrat Gunter Mayrhofer. Bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe auch im Stadtsenat gegen diesen Antrag gestimmt. Weil erstens einmal bei einem Flächenwidmungsplan ist es ganz klar, dass es heißt übergeordnete Interessen, also Einzelinteressen sind hier

nicht wirklich schlagend. Zweitens, was ich aber sehr bedenklich finde ist, dass es bei dieser Umwidmung um ein Grundstück geht, das wirklich umschlossen ist von Wohngebiet. Direkt daneben, direkt angrenzend sind Wohnbauten und hier soll ein Betriebsobjekt errichtet werden. Das halte ich wirklich nicht für gescheit und auch nicht für gut. Darum werde ich da hier auch nicht die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Schlusswort Referent. Bitte Herr Doktor.

STADTRAT MEDR. DR. MARIO RITTER:

Es ist nicht ganz richtig was der Kollege Mayrhofer sagt. Das ist ein Gebiet, das durch eine Straße von Häusern getrennt ist. Hinter diesem umzuwidmenden Gebiet ist Feld, Ackerland und es wird sich auch herausstellen, dass diese derzeitige Straßenführung bei einer Umwidmung sicherlich auch neu gestaltet wird. Also im Prinzip wird es im Zuge der Umwidmung und der Neuwidmung zu einer Verbesserung auch der Verkehrsführung kommen. Bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Herr Stadtrat Mayrhofer noch einmal, bitte Gunter.

STADTRAT MR. DR. MARIO RITTER:

Das war aber das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, es tut mir leid.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFFER:

Es ist natürlich nicht richtig, es sind Wohnobjekte getrennt durch die Straße, aber direkt daneben ist genauso ein Wohnobjekt.

STADTRAT MEDR. DR. MARIO RITTER:

Ich verstehe, nein, unterstellen sie mir nichts Herr Mayrhofer. Wissen sie, es ist so, wenn man eine Wohnung, oder wenn man ein Haus neben einem Tennisplatz oder neben einem Gleis von der Bahn hinbaut, dann muss man auch damit rechnen, dass man ein bisschen eine Belastung hat, eine Lärmbelastung. Genauso ist es. Der war dort mit seinem Hof und mit seiner Ausstellung für Hühner. Ich weiß nicht, was alles war, war er als erster da. Alle anderen haben sich genau im Zusammenhang mit dem auseinandergesetzt, haben gewusst warum sie dort hinbauen. Und ob jetzt der Nachfolger dann das Ganze ausweitet, ich glaube, da sollten wir ihm keine Prügel in den Weg legen.

Unverständliche Zwischenrufe von Stadtrat Mayrhofer.

STADTRAT MEDR. DR. MARIO RITTER:

Unter allen Auflagen, die gemacht werden, wird es sicherlich zu einem Konsens kommen. Das war jetzt mein Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das war nämlich jetzt schon das Schlusswort. Jetzt wird es ja auch ein bisschen schwierig liebe Michaela. Irgendwann muss die Diskussion ...

Unverständlicher Zwischenruf von Gemeinderätin MMag. Frech.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ok, vielleicht dann in einem Vier-Augen-Gespräch.

Gelächter

Erneuter unverständlicher Zwischenruf von Gemeinderätin MMag. Frech.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, wir kommen zur Abstimmung über diesen Punkt. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**

GRⁱⁿ Rosa Hieß

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **23**

SPÖ 12 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, GR Erwin Schuster, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann, GR Rudolf Schröder, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Rosa Hieß)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, GR Uwe Pichler, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Arno Thummerer)

GRÜNE 1 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Gegenstimmen: **8**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Stimmenthaltungen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

12) BauGru-63/17 Abschluss eines Raumordnungsvertrages mit den Ehegatten Gottfried und Brigitte Wieser.

STADTRAT MR. DR. MARIO RITTER:

In meinem zweiten Punkt geht es um den Abschluss eines Raumordnungsvertrages mit den Ehegatten Gottfried und Brigitte Wieser. Es geht darum, um die Bebauung und Umwidmung der Fläche auf der rechten Seite neben dem Heurigen, den sie betreiben. Es ist eine landwirtschaftlich ungenützte Fläche. Derzeit Grünland, land- und forstwirtschaftlich bestimmt. Sie wird umgewidmet auf Bau- und Wohngebiet. Und der Raumordnungsvertrag ist mit dem Umwidmer abzuschließen. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 11.10.2019 wird dem Abschluss eines Raumordnungsvertrages mit den Ehe-

gatten Gottfried und Brigitte Wieser, 4407 Steyr-Gleink, Grabnerweg 4, entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf samt Beilagen zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Mir liegt dazu keine Wortmeldung vor.

Diverse unverständliche Zwischenrufe aus dem Saal.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Reinhard, du bist noch voll in der Zeit. Also 16.00 Uhr.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, meine Damen und Herren, Raumordnungsvertrag. An und für sich sind wir sehr für Raumordnungsverträge im Zusammenhang mit Umwidmungen. Allerdings kann man die nicht trennen von der Sinnhaftigkeit der dahinterliegenden Umwidmung. Und wir haben im Stadtentwicklungskonzept uns ausdrücklich einstimmig darauf verständigt, dass dem Vorzug zu geben ist, Verdichtungen innerhalb der bereits bebauten Gebiete der Stadt und nicht an den Stadträndern weiter die Siedlungsgebiete ausfransen zu lassen. Und genau das ist eine solche Maßnahme dort, wo an der Grenze zwischen bebautem Gebiet und Grünland die Stadt wieder hinauswachsen soll mit der bebauten und dann auch versiegelten Fläche. Zusätzlich ist das auch noch von der Wasserführung des Hanges her ein Problem. Aber sei es darum, das wäre dann für die Betroffenen dort eine Verteuerung der Bebauung dieses Grundstückes. Aber vom Grundsatz her stehen wir zu dem im Stadtentwicklungskonzept festgestellten Grundsatz, dass wir nicht mehr nach außen wachsen, sondern innen verdichten, dort wo es möglich ist und sinnvoll, wo alles aufgeschlossen ist. Und wir werden daher auch gegen diesen Vertrag stimmen, weil er eben dazugehört zu diesem Umwidmungsvorhaben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt? Das ist nicht der Fall. Dann das Schlusswort. Bitte Herr Ritter.

STADTRAT MR. DR. MARIO RITTER:

Ja, jedem ist seine Meinung frei und jeder kann dafür oder dagegen sein. Aber letztendlich auch, was angesprochen wurde, die Entwässerung dieses Hanges oder das was drohen könnte, oder was immer wieder berichtet wird. Das ist Aufgabe desjenigen der das umwidmen lässt und zum Thema Bauland ist es so, es ist kein Satellitenbau oder eine Satellitenumwidmung. Es ist also direkt an Wohngebiet angrenzend und so schlimm, man kann darüber geteilter Meinung sein, aber so schlimm finde ich es nicht, wenn dort das Wohngebiet erweitert wird. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nur als Ergänzung, also die Wassergeschichte, da gibt es ein Gutachten. Das muss natürlich alles hieb- und stichfest sein. Das ist ein Forecast dafür. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit angenommen. Danke für die Berichterstattung Herr Dr. Ritter. Und ich darf nun zu den Tagesordnungspunkten des erkrankten Dr. Schodermayr die Frau Vizebürgermeister Weixlberger ersuchen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GRⁱⁿ Rosa Hieß

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **28**

SPÖ 12 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, GR Erwin Schuster, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann, GR Rudolf Schröder, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, GR Uwe Pichler, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Arno Thummerer)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **4**

GRÜNE 4 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Stimmenthaltungen: **0**

**BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER FÜR DEN
ENTSCULDIGTEN STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

13) Fin-5/19 Caritas Familienhilfe – Leistungsvereinbarung 2020.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Im ersten Antrag geht es um die Caritas Familienhilfe. Es geht um die Leistungsvereinbarung für das Jahr 2020 in der Höhe von 5.250 Leistungsstunden mit EUR 190.000,--.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 30.09.2019 wird der Abschluss der Leistungsvereinbarung 2020 über 5.250 Leistungsstunden der Caritas Familienhilfe genehmigt und die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der voraussichtlichen ungedeckten Kosten in Höhe von

**EUR 190.000,00
(Euro einhundertneunzigtausend)**

gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Budget 2020 vorzusehen und werden im Wege einer Freigabe aus der VSt. 1/424000/728100 entnommen.
Die Auszahlung an die Caritas Linz erfolgt nach Rechnungslegung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, zu Wort gemeldet Herr Stadtrat Dr. Ritter, bitte.

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

Sehr geehrte Damen und Herren, sie wissen, wir sind eine soziale Partei und ich bin neben meinem Beruf, wie viele andere auch, sozial tätig. Das weiß jeder der mich kennt. Aber letztendlich geht es hier um EUR 190.000,--. Und es geht nicht darum wird hier gefördert, wird hier die Hilfe gefördert. Wir sind absolut für die Hilfe und auch für die schnelle Hilfe. Es geht also nicht um den Inhalt, es geht um das Formelle. Es werden EUR 190.000,-- wieder gege-

ben für eine Aufzeichnung, die zwei leere Blätter beinhaltet. Es muss doch möglich sein, auch für eine Caritas, dass es, dass man genau nachvollziehen kann, wer wann welches Geld oder was bekommt. Und sich dann immer nur zu verstecken hinter der Anonymität und Datenschutz, das ist mir zu wenig. Wie gesagt, wir sind für die Hilfe, aber das ist einfach zu wenig. Es muss andere Möglichkeiten auch geben, dass man dem Steuerzahler genau sagen kann, was mit seinem Geld passiert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, das kann man auch. Herr Vizebürgermeister Hauser wird versuchen das zu erklären.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Na, ich glaube nicht, dass man da großartig etwas erklären muss, sondern man muss lediglich den Amtsbericht lesen und das was da drinnen steht. Und da steht nämlich drinnen, dass das eine Leistungsvereinbarung ist, dahingehend sich diese Stunden zu sichern. Dass man nämlich auch eine planbare Größe hat bei der Caritas, was sie denn im nächsten Jahr brauchen werden. Und es ist nicht so, dass das aus Jux und Tollerei passiert, sondern in Anlehnung an dem, was wir bis jetzt in etwa verbraucht haben. Und dann steht, und Herr Dr. Ritter, es steht da ganz eindeutig drinnen: "Die Mittel sind vorzusehen und die Auszahlung erfolgt nach genauer Rechnungslegung der Caritas Linz". Also es wird da nicht irgendein Geld vorher hingeschickt, das dann vielleicht irgendwann verbraucht wird oder nicht verbraucht wird, sondern ausbezahlt wird nach ordentlicher Rechnungslegung. Und dass die Rechnungslegung dementsprechend überprüft wird mit allen Leistungsstunden, die vorhanden sind, da können sie sich sicher sein. Und es geht daher hier lediglich darum, im Budget vorzusehen, dass dieses Geld überhaupt vorhanden ist, weil sonst haben wir nachher wieder die Diskussion, warum es nicht im Budget vorgesehen war, warum wir eine Kostenüberschreitung haben. Und daher ersuche ich lediglich, diesem Antrag die Zustimmung zu geben, der nichts anderes vorsieht, als dass das Budget bereitgestellt wird für diese Stunden, um dann eben auszahlungsfähig zu sein, wenn diese Rechnungslegung passiert. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also für mich wäre es jetzt klar Herr Dr. Ritter.

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

Ja, es möge für sie klar sein, aber für mich ist es trotzdem nicht klar. Wenn jemand einen Heilmittelbehelf haben will, dann weiß man genau wer ihn bekommt, wer angesucht hat. Jeder muss sich wirklich auch finanziell entblößen, muss DIN A4-Zettel ausfüllen für alles. Für eine GIS-Befreiung, für alles. Überall ist es nachvollziehbar und, wenn man sich dann den Bericht über die Mobilen Dienste anschaut, EUR 2,8 Mio., das ist hervorragend dokumentiert, wieviel wo investiert oder gefördert wird. Das ist ganz was anderes. Ich habe noch nie von der Caritas irgendetwas anderes bekommen, noch nie. Es wurde sich immer in irgendwelchen Datenschutz- oder Anonymitätsphrasen versteckt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Datenschutz ist ja keine ...

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

Ich bin dafür, dass man sich wirklich bis es nicht andere Aufzeichnungen gibt, dass man sich der Stimme enthält. Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Hilfestellung, gegen die Förderungen, sondern gegen dieses Versteckenspiel, ganz ehrlich jetzt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, danke. Wie gesagt, es ist sicherlich kein Versteckenspiel. Ich kann nur zusätzlich die Information geben, die Familien die hier betreut werden, die wirklich Unterstützung brauchen, die sucht sich die Caritas ja nicht aus. Die gehen nicht herum, sagen, jetzt hätte ich gerne die Familie, weil mir fehlen noch so und so viele Stunden. Die werden ja zugewiesen. Wir

sind ja dankbar und froh, dass es diese Profis von der Caritas gibt, die hier die Unterstützung geben können, professionell. Und vielleicht auch noch, damit es noch logischer wird, wie gut die Stadt mit dieser Einrichtung, der Caritas fährt. Von diesen EUR 190.000,-- zahlt die Stadt nur EUR 95.000,--, weil die andere Hälfte das Land zahlt. Und wenn sie schon meinen, dass wir nicht ordentlich kontrollieren und schauen, dann überlegen sie aber, dass das Land hier auch eine Kontrollfunktion hätte und hat. Noch einmal, Rechnungen werden gelegt für geleistete Stunden. Das ist nachzuweisen. Die Familien sucht sich die Caritas nicht aus, sondern die werden zugewiesen. Und dass wir nicht im Gemeinderat oder in anderen Gremien diskutieren können, dass das die Familie XYZ ist mit der und der Problemstellung, das ist wohl jedem klar, der sich mit Datenschutz nur ein bisschen beschäftigt hat.

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER *aus dem Saal*:

Herr Bürgermeister, ich verstehe es aber überhaupt nicht. Ob Gebietskrankenkasse, überall hat man genaue Einsicht, wer was bekommt, ganz genau.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Sie werden in keinem Fall finden, Name ...

Unverständliche Zurufe von Stadtrat MR. Dr. Mario Ritter.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, da werden wir auf keinen grünen Zweig kommen. Sie werden keinen Fall finden in Österreich nach den neuen Datenschutzrichtlinien, wo sie als Bürger Einsicht nehmen können, in einen konkreten Fall mit Name, Adresse und Problemstellung. Das gibt es gar nicht. Das ist undenkbar. Auch in der Gebietskrankenkasse ...

Erneute unverständliche Zurufe von Stadtrat MR. Dr. Mario Ritter.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Egal. Ingrid, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Es gibt das Land Oberösterreich, es gibt die Fachabteilung der Stadt, die das genau kontrollieren. Die Familien werden zugewiesen von unserer Sozialabteilung, die Unterstützung brauchen und das Maximalste das ist, was ich mir vorstellen kann, ist, dass man sagt, es sind Anzahl, weiß ich nicht, 50 Familien mit diesem Betrag betreut worden. Aber das ist schon das Maximalste, was man aus Datenschutzgründen bekanntgeben kann. Die Anzahl der Familien und vielleicht noch die Anzahl wie viele Kinder in diesen Familien sind, aber mehr ist mit Sicherheit nicht möglich aufgrund des Datenschutzes. Und wir wissen, wenn einmal ein Name irgendwo ganz geheim genannt wird, wie schnell der draußen ist. Und das sind Familien, für die das absolut nicht notwendig ist, dass irgendwelche Namen in der Öffentlichkeit kursieren.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, vielleicht wäre das eine Möglichkeit, dass man zumindest die Anzahl der betreuten Fälle nachliefert und auch der betreuten Kinder. Und vielleicht auch, man kann ja, das ist ja leicht, und auch die Stundenanzahl, und das ist ja leicht hochzurechnen, was sich die Stadt damit an Folgekosten erspart. Weil überall wo die Caritas in der Familienhilfe eingreift, erspart man sich zum Großteil auch Heimplätze für die Kinder, die dann im Endeffekt eine Betreuung bräuchten.

Unverständlicher Zuruf von Stadtrat Mr. Dr. Mario Ritter aus dem Saal.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, das haben wir versucht zu erklären.

Bitte, Gunter.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Eigentlich haben wir schon das Schlusswort gehabt.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das ist einfach jetzt auch eine Diskussion, die ein bisschen unüblich ist. Normalerweise ist so ein Ansatz im Gesamtbudget im Voranschlag drinnen, der in drei Wochen dann beschlossen wird. Hier geht es um Zuwendungen die im nächsten Jahr getätigt werden. Warum dieser Beschluss heute schon, drei Wochen vor dem Budget wirklich gemacht werden muss, entzieht sich ein bisschen wirklich meinem Wissen. Das hätten wir in drei Wochen, aber auch dort in drei Wochen bekommt man auch nicht mehr an Information, außer dem, dass es dann ausgezahlt wird, wenn die ordnungsgemäße Verwendung nachgewiesen wird. Das heißt, der Beamte darf es ja gar nicht auszahlen und zahlt es auch nicht aus, wenn nicht wirklich die Unterlagen alle da sind. Also, da glaube ich, brauchen wir wenige Bedenken haben. Das ist sicher nicht notwendig.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächste Wortmeldung, Vizebürgermeister Zöttl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist sicher ein sehr emotionales Thema. Der der gibt ist immer der Gute, ist klar, aber auch der der gibt ist der Steuerzahler und wir, und ich glaube auch der Kollege Ritter, versuchen ja nur, mit Steuermittel dementsprechend sorgsam umzugehen, das möchte ich schon betonen. Darum kann ich auch den Argumenten von meinen Kollegen Ritter folgen und wenn das Angebot steht, dass diese, zumindest dass wir einmal wissen, ... werden wir uns halt dementsprechend, als praktisch Rute vors Fenster, einmal der Stimme enthalten. Aber wir hoffen, dass sozusagen diese tatsächlichen Aufzeichnungen einmal zumindest ein Ansatz wären, dahingehend dass wir eine gewisse Transparenz und ein bisschen eine Nachvollziehbarkeit einmal erreichen. Und wie gesagt, wir werden nicht dagegen, sondern der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollegin Frech. Entschuldigung, ich habe dich schon aufgeschrieben gehabt.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher, der Ansatzpunkt, der da jetzt im Raum steht, und fast jedes Jahr wiederkommt, ist so ein bisschen diese leichte Unterstellung, dass da irgendwas mit dem Steuergeld passiert. Ich glaube, es ist eh schon ausreichend begründet worden, dass das ohnedies über Abrechnungen passiert, dass das über die Abteilungen läuft. Das, wo ich durchaus es auch begrüßen würde, was von der Kollegin Weixlberger gekommen ist, ist das Thema, dass man anonymisiert und wirklich nur statistische Daten hat im Zusammenhang wie viele Personen, welche Familien, wie die strukturiert sind, auch ein bisschen in den Bereich welche Gründe es sind. Aber nicht auf Personen bezogen, sondern wirklich rein damit wir, und das ist ein ganz anderer Ansatzpunkt jetzt als ihr Misstrauen, den ich da bringen möchte, dass wir einfach als Politiker bessere Grundlagen haben für sozialpolitische Maßnahmen. Wenn wir sehen, da gibt es einfach gewisse Brennpunkte, gewisse Häufigkeiten zu gewissen Problemen, dass wir dann auch unsere Politik danach ausrichten können. Aber nicht in Richtung dieses Misstrauens, sondern wirklich als Unterstützung unserer sozialpolitischen Maßnahmen, so wie es auch gekommen ist von der Kollegin Weixlberger.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächste zu Wort gemeldet, die Frau Gemeinderätin Demmelmayr. Bitte Anna.

GEMEINDERÄTIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR, MA:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich jetzt auch noch ganz kurz zu Wort melden. Nachdem ich Sozialarbeiterin bin und in der Fachabteilung für Kinder- und Jugendhilfe tätig bin und wir auch sehr, sehr gerne die Caritas-Familienhilfe einsetzen, möchte ich schon einmal kurz klarstellen, wir gehen da sehr behutsam mit dieser Maßnahmenunterstützung um. Es gibt auch regelmäßige Verlaufsgespräche. Wir halten regelmäßig mit den Familien Rücksprache und auch mit der Caritas. Ist der Bedarf noch vorhanden oder nicht? Gibt es vielleicht auch andere Mittel, wie man die Familie unterstützen kann? Also wir gehen da nicht leichtsinnig mit dem Geld um. Das möchte ich schon einmal kurz klarstellen.

Unverständliche Zwischenrufe aus dem Saal

GEMEINDERÄTIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR, MA:

Die Familien haben trotzdem das Recht auf Datenschutz, auf Verschwiegenheit von uns. Ich möchte nicht, dass Kinder in Kindergärten, in Schulen etc. vielleicht stigmatisiert werden, weil sie eine Unterstützung brauchen, weil es den Eltern vielleicht gerade nicht gut geht aus gesundheitlichen Gründen, weil sie vielleicht gerade überfordert sind. Da müssen wir einfach die Kinder schützen. Die haben das Recht einfach, dass wir da Rücksicht nehmen. Das möchte ich schon einmal kurz klarstellen.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Nächstes Wort, Herr Gemeinderat Prack, bitte.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich möchte vor einer Sache warnen. Als Erstes, das mit dem Datenschutz ist schon x-fach gesagt, da gehen gewisse Dinge nicht, das funktioniert nicht. Das kann nicht sein und das ist auch gut so. Was aber jetzt, wenn da jetzt doch mehr Dokumentation, doch mehr Aufzeichnungen gefordert werden. Ich habe so, denken sie mal daran was passiert wenn man zum Arzt geht. Die halbe Zeit braucht der dafür um mit diesen Daten umzugehen. Und es vergeht so viel Zeit, bis man endlich beim Behandeln ist. Ich habe das Gefühl, das ist bestens dokumentiert. Wir wissen ganz genau, zumindest das Land und die Leute, die damit befasst sind, wissen, dass dieses Geld richtig eingesetzt wird. Sie wissen, dass es ordentlich abgerechnet wird. Sie wissen im Prinzip alles und wir brauchen uns keine Sorgen zu machen, dass hier irgendwo irgendwie Steuergeld verschwendet wird. Sorgen mache ich mir, wenn viel Zeit darin aufgeht, da irgendwelche Statistiken, und so und so viele Kinder in einer Familie, und das ist der Krankheitsfall. Und dann muss ich das beschreiben und beschreiben und beschreiben. Wir wollen doch eigentlich weg von dieser Überverwaltungsgeschichte. Und genau so etwas sind wir drauf und dran aufzubrummen. Das möchte ich nicht. Ich habe das Gefühl die Caritas ist gut genug „überwacht“.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet, Herr Vizebürgermeister Zöttl. Bitte Helmut. Dein zweites Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ich muss mich nochmal zu Wort melden. Leistungsvorschau, alles Recht. Wir haben bekommen, genau so viel...eine Seite. Da geht es um EUR 190.000,--. Beim nächsten Tagesordnungspunkt, ohne dass ich vorgreifen möchte, geht es um EUR 2,88 Mio. Ein super Amtsbericht. Wir bekommen detailliert aufgeschlüsselt, was für was. Da müsste dasselbe Problem Datenschutz gelten, wie beim ersten. Also da verstehe ich die Diskussion nicht ganz.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Als nächster Herr Vizebürgermeister Hauser, auch zum zweiten Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Wer war noch nicht zweimal?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da in dem Amtsbericht, was der Herr Kollege Zöttl gerade zitiert hat, stehen 5.000 Leistungsstunden beim einen, 5.000 Leistungsstunden beim anderen und da steht der Betrag daneben. Da stehen 5.000 Leistungsstunden und es steht EUR 190.000,– gesamt. Ich verstehe nicht ganz, worum es jetzt geht. Weil in Wirklichkeit ist dieses, und das was der Herr Kollege Mayrhofer zuerst gesagt hat, worum wir das jetzt beschließen, ist genau das, was ich unter anderem zuerst beim Stadtbus erwähnt habe. Die Leute müssen sich vorbereiten können. Die Leute in der Caritas müssen wissen, wie viele Stunden sie ungefähr, weil sie müssen auch ein Budget bilden. Und das ist der Grund, warum wir es ...

Unverständlicher Zwischenruf von Stadtrat KommR. Gunter Mayrhofer aus dem Saal!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Caritas muss auch ihre Stunden zur Verfügung stellen können, wann sie sie bei uns braucht. Und ich habe eh zuerst gesagt, es geht ja nicht so, dass man aus Jux und Tollerei Daumen mal Pi irgendwas macht, sondern aus den Erfahrungswerten der letzten Jahre. Und genau aus diesen Erfahrungswerten wurden diese Leistungsstunden errechnet und hat man gesagt, die bestellt man jetzt vor und abgerechnet wird eh detailliert genau dann, wenn wir es letztlich verbraucht haben. Und ich möchte also schon auch um ein bisschen Verständnis da ersuchen, dass also so wie wir unsere Budgets planen müssen, auch andere ihre Budgets planen müssen. Und daher schauen sie halt danach, dass sie also ein gewisses Maß auch an Nachvollziehbarkeit haben, wenn sie das brauchen. Weil die müssen auch begründen, warum sie diese Budgets machen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So, jetzt liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Wir haben ausführlich diskutiert und wir kommen nun zur Abstimmung. Schlusswort, Referentin verzichtet. Wir haben Meinungen ausgetauscht. Wer für diesen Antrag ist, ein Zeichen mit der Hand bitte. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, der letzte Punkt zur Tagesordnung.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

GRⁱⁿ Rosa Hieß

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: 32

Zustimmung: 22

SPÖ 12 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GRⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, GR Erwin Schuster, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann, GR Rudolf Schröder, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **0**

Stimmenthaltungen: **10**

FPÖ 10 – (VbGm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR Arno Thummerer, GR Josef Holzer, GR Uwe Pichler, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker)

14) SH-2/19 Mobile Dienste / HKP, FSBA und HH - Leistungsvereinbarungen 2020

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Im zweiten Antrag geht es eh schon um die Mobilen Dienste, die Leistungsvereinbarung 2020, die in der Diskussion jetzt eh schon mitbehandelt worden ist, in der Höhe von EUR 2,88 Mio. für die Volkshilfe und für Vita Mobile.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Seniorenservice der Stadt Steyr vom 26. September 2019 wird der Abschluss der beiliegenden Leistungsvereinbarungen 2020 mit den Anbieterorganisationen „Vita Mobile gemeinnützige GmbH“, Gottfried-Koller-Straße 2 und „Volkshilfe GSD Stützpunkt Steyr“, Leharstraße 24 über insgesamt ca. 58.500 Leistungsstunden für die Mobilen Dienste HKP, FSBA, HH in Steyr genehmigt und die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der voraussichtlichen ungedeckten Kosten in Höhe von Netto

**€ 2.880.000,--
(Euro Zweimillionenachthundertachtzigtausend)**

gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Budget 2020 vorzusehen und können im Wege einer Freigabe aus der VASSt. 1/424000/728000, entnommen werden.

Die Auszahlung an die „Vita Mobile gemeinnützige GmbH“ und „Volkshilfe GSD Stützpunkt Steyr“ erfolgt nach Rechnungslegung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Die Sache ist ja schon zweimal gefallen. Wir haben bei diesem Antrag eine Beschlusssumme von EUR 2,88 Mio. Das ist der Betrag, den wir in der Stadt aufwenden, um eine perfekte Pflege und mobile Betreuung sicherzustellen. Wir bekommen dafür auch vom Land große Unterstützung. Hauskrankenpflege, glaube ich, zu 100 Prozent und Mobile Pflege zu 50 Prozent. Und ungefähr EUR 700.000,-- werden an Beiträgen der Betroffenen eingehoben. Aber in Summe trotzdem fordert die mobile und die stationäre Pflege in unserer Stadt EUR 2,88 Mio. und um diesen Betrag geht es in diesem Antrag. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich bedanke mich dafür.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

Wir sind am Ende der Tagesordnung und ich schließe die Gemeinderatssitzung. Einen schönen Abend noch.

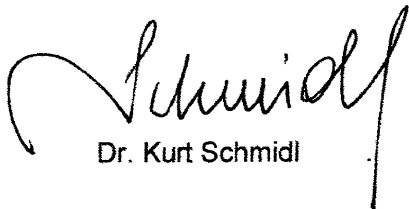
Ende der Sitzung: 15 Uhr 37.

DER VORSITZENDE:



Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Dr. Kurt Schmidl

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



GR Rudolf Schröder



Karin Rodlauer



GR Josef Holzer